

Ich möchte aber auch sagen, dass es für die NGOs, für Kulturinstitutionen, aber auch für die sozial Schwachen in unserer Stadt ganz, ganz wichtig ist, mit dem heutigen Beschluss wieder Stabilität dafür zu bekommen, dass in Graz gearbeitet werden kann und deswegen ist dieser Tag, wenn ich so sagen darf, so wichtig für uns alle. Und jetzt darf ich, so wie es abgestimmt ist, bitten, dass wir mit dem Ritual beginnen. Wir haben in der Generaldebatte auch nach der Größenordnung der Fraktionen nach dem letzten Wahlergebnis wieder die Kolleginnen und Kollegen genannt bekommen. Ich verweise darauf, dass es jeweils 20 Minuten für die Generaldebattenrednerinnen und -redner gibt, dass danach die Spezialdebatte stattfinden wird, wo zehn Minuten vorgesehen sind und danach die Stadtregierungsmitglieder wieder alphabetisch drankommen werden, die genaue Reihenfolge werde ich dann noch einmal bekanntgeben und danach wird es erst zur Abstimmung über das Gesamtbudget kommen. Als ersten Redner darf ich nun in der Generaldebatte Herrn GR Peter Piffli-Percevic bitten, für die ÖVP die Rede zu halten (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.- Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (10.55 Uhr).

Generaldebatten

GR Dr. Piffli-Percevic (ÖVP) 10.55 - 11.22 Uhr

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, liebe Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben einen guten Tag begonnen. Die Einleitungsformeln für Budgettage sind ja legendär. Dieser Tag hat mit einem guten Budget begonnen, dieser Debattentag hier im Gemeinderat. Ich hoffe, er wird auch mit

einem guten Ergebnis - sprich mit einer Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt - beendet werden. Dazwischen liegt die Präsentation des Budgets und jetzt bin ich für meine Fraktion, die ÖVP, an der Reihe, unseren Debattenbeitrag abzuliefern. Ich werde mich bemühen.

Es ist eine Freude für uns alle, in Verantwortung gewählt worden zu sein. Das heißt Arbeit und Anstrengung. Und auch ein gutes Budget ist alles andere als eine Legitimation, sich zurückzulehnen oder nur damit zufrieden zu sein. Wir wissen, dass das Budget, dass die finanziellen Mittel praktisch das Blut im Körper der Stadt sind, ohne das sie nicht leben kann. Deshalb möchte ich mich vorab beim Herrn Finanzreferenten, beim Herrn Finanzdirektor und bei unserem Herrn Budgetdirektor Michi Kicker sehr herzlich namens unserer Fraktion bedanken (*Appl.*).

Wir sehen allein im Budget und in seiner Entwicklung auch, dass sich einiges bewegt in unserer Stadt. Unser Wappentier ist der Panther. Der steirische Panther und der städtische unterscheiden sich ja in gewisser Hinsicht. Unserer darf noch rundum Feuer speien, ich gehe nicht ins Detail. Allein dieses Bild zeigt - das ist jetzt keine Abwertung des Landespanthers, ich komme gleich dazu - dass unser Wappentier für uns spricht. Indem wir die enormen Entwicklungen bewältigen müssen, die in unserer Stadt stattfinden und indem wir das auch unter Beweis stellen. Ich nehme eine Anleihe bei den griechischen Philosophen Heraklit und Platon „panta rhei“. Das heißt aber nicht, der Panther rinnt aus oder zerfließt, sondern dass wir uns den Veränderungen stellen müssen. Das markanteste an einer Budgetdebatte ist auch eine Standortbestimmung mit einer Prognose, jeweils getragen von einer Zuversicht - so hoffe ich –, die auch berechtigt ist. Das versuche ich hier auszuführen, die Budgetdebatte ist eine willkommene Gelegenheit dazu.

Die größte Herausforderung ist die mehrfach genannte Zahl des Bevölkerungswachstums. Für den Finanzreferenten heißt das automatisch per se ein Wachstum gewisser Einnahmen. Für uns alle, die wir auch in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt tätig sind, eine enorme Vorlage. Wir hören auch immer wieder

die Frage - das geht allen von uns so und kommt auch immer wieder durch Anträge oder versuchte Anträge zum Vorschein: „Wollen wir das überhaupt, dass unsere Stadt so wächst? Ist das überhaupt richtig?“ Dann frage ich immer, was könnten wir denn zumindest theoretisch überhaupt dagegen tun? Wir verfügen leider oder Gott sei Dank in dem Zusammenhang nur mehr über zwei Stadttore der Stadtbefestigung von u.a. Domenico dell Allio. Auf den Domenico komm ich dann noch einmal bei Reininghaus kurz zu sprechen. Wie mir meine Enkelkinder aus dem Heimatkundeunterricht berichten, gab es Jahre in der Geschichte, wo eines dieser Tore, das Burgtor, geschlossen gehalten wurde, aufgrund der Anstürme aus gewissen Himmelsrichtungen - das ist jetzt kein Zynismus, wir sind auch mit solchen konfrontiert. Dadurch wurde die Bevölkerung quasi ruhiggestellt, indem dieses Stadttor jahrelang geschlossen wurde. Dieses Instrumentarium steht uns heute nicht mehr zur Verfügung. Wenn, dann können es nur die Außengrenzen sein der Europäischen Union, da gibt es ein breites Einverständnis. Wir haben nicht die Möglichkeit und wir wollen auch nicht, dass diese Tore geschlossen werden. Wir wollen eine offene Stadt der Menschenrechte sein und wir wollen uns dieser Entwicklung stellen.

Dass die Kommunalsteuer in den letzten 10 Jahren um über 40 % gestiegen ist, hat unser Herr Bürgermeister am Parameter der Ziffern der Arbeitsplätze der unselbständig Tätigen gezeigt: Wir haben einen neuen Rekordstand. Wir haben die wirtschaftliche Grundlage für unsere Bevölkerung sozusagen im Griff und wir danken an dieser Stelle, dass die Wirtschaft, und wir haben heute auch diese Prognose gesehen, Gott sei Dank auch optimistisch in die Zukunft blicken kann. Namentlich unsere Leitbetriebe sind es ja auch zusammen mit allen anderen Betrieben und den Dienstleistungsbetrieben, die ja dann auch den wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Wie wirkt sich das jetzt auf unser Umland aus? Denn wir sind ja nicht allein. Ich komme auch noch zum Dank an das Land. Selbstverständlich können wir nicht nur eine Insel der Seligen sein und wir sind es auch nicht. Wir müssen verwaltungsgrenz-überschreitend betrachten und auch handeln. Es kommt der Vorwurf im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum: „Ja, wir ziehen die

Wirtschaftsbetriebe herein, auch vom Umland, und zuerst pendeln die Leute und dann folgen sie gleich nach.“ Ich darf hier wirklich sagen, dass mich das sehr beschäftigt immer wieder. Wenn man die Parameter der unselbständig Beschäftigten, der Steuerleistung, aber auch der Pendler hochrechnet, so folgen alle diese Parameter - das ist auch ungefähr so, wie es der Herr Finanzreferent an den Einnahmen gezeigt hat - einem Korridor. Es zeigen sich keine abweichenden Auffälligkeiten. Es sind alle Werte in Höhe von 18 bis 22 % gestiegen. Wir haben also durch unsere z.B. raumordnungsmäßige Widmungsgestaltung nichts verzerrt oder eine Entwicklung in eine Richtung verändert, sondern wir sind Gott sei Dank in der Lage, für die wachsende Bevölkerung auch zunehmend Arbeitsplätze zu bieten, und wir ziehen nicht überproportional Wirtschaftsbetriebe herein. Das zeigen die Zahlen und das ist für uns ganz wichtig (*Appl.*).

Die Finanzen steuern den ganzen Körper Stadt. Wir sitzen alle in Gremien, die auch hier ihren jeweiligen Beitrag zu liefern haben. Ganz konkret durch unsere Beschlüsse hier im Plenum und in den jeweiligen Ausschüssen, z.B. im Bereich der Stadtplanung und der Grünraumentwicklung - per se ein wichtiges Instrument. Wir sehen daher, dass die Wirtschaftsentwicklung mit der Entwicklung der Bevölkerung Schritt hält. Auch die künftige Stadtentwicklung mit Reininghaus, mit Waagner-Biro/Smart City und mit dem Brauquartier. Und das ist eine interessante Zahl: Mit diesen Vorhaben, zu denen wir ja gesagt haben und die wir auch entwickeln, haben wir ein Viertel des gesamten ausschließlich für Gewerbe- und Industriegebiet gewidmeten Areals ständig aus dieser ausschließlichen Nutzung genommen und dem Wohnen zugeführt. Das soll noch einmal der Beweis sein, dass wir keineswegs strategisch alles tun, um Wirtschaft hereinzuziehen und unser Umland zu schwächen. Ich glaube, das ist ganz wichtig festzustellen. Das ist eine Herausforderung für uns und ich sage gleich, das war es damit; denn wir werden selbstverständlich - und das haben die Zahlen auch gezeigt - auch für die gewerbliche, die Dienstleistungsentwicklung, ja die industrielle Entwicklung in der Stadt sehr wohl dafür gewidmete Flächen behalten müssen, allenfalls auch schauen, dass wir sie auch kompatibel machen mit der heranrückenden

Wohnbevölkerung. Wir sind mitten in dieser Aufgabenstellung des Stadtplanungsausschusses. Am Beispiel Reininghaus: Wir konnten in der letzten Sitzung - heute waren die Bilder schon da - in diesem ehemaligen Industriegebiet die Ausgestaltung des Reininghausparks um über 8 Mio. Euro beschließen. 16 Hektar hat die Stadt dort unentgeltlich abgetreten bekommen für den Park und die gesamte straßenmäßige Infrastruktur etc. Trotzdem ist es gelungen, in Reininghaus 16 Hektar zum Großteil zusammenhängenden Grünraum zu erhalten. Wie geht sich diese Rechnung aus? Nicht nur der Reininghauspark mit 3 Hektar, die Domenico-dell-Allio-Allee mit 2 Hektar, die 16 privaten Quartierparks in den einzelnen Quadranten, (die der Stadt direkt gar nichts gekostet haben) ergeben mit den 2 Hektar Bezirkssportplatz und vielen anderen Dingen 16 Hektar dauerhaft gesicherten Grünraum in Reininghaus (*Appl.*). Allein diese Zahl zeigt uns, dass wir ehemaliges Industriegebiet - im Falle von Reininghaus waren dies auch beachtliche landwirtschaftliche Flächen und auch Wasserflächen, - sehr wohl auch dauerhaft als Grünraum absichern und gleichzeitig hochwertiges Wohnen ermöglichen. Es entsteht dort eine Stadt der kurzen Wege, wir wollen dort bis zu 5.000 Arbeitsplätze haben, wovon wir anstreben, dass ein Großteil von den dort Wohnenden auch dort arbeiten kann, z.B. auch im Dienstleistungsbereich. Wenn wir daher noch einmal diese Bedenken ansprechen, die fallweise an uns herangetragen werden: „Ihr baut alles zu“, stelle ich dem kurz gegenüber das Ergebnis der Umfrage über die Lebensqualitätsindikatoren. 25.000 Grazerinnen und Grazer wurden befragt und sie sagen, sie leben sehr gerne oder gerne in der Stadt. Antwort im Jahr 2013 von 90,7 % mit Ja und 2018 waren es sogar 91,3 %. Das ist aber keine Legitimation, sich zurückzulehnen und zu sagen, „es passt alles, wir brauchen eh nichts mehr tun.“ Ganz im Gegenteil. Schon die politische Klugheit sagt, dass wir da ganz beständig weiterarbeiten müssen. Ich ersuche nur bei dieser Gelegenheit, dass auch alle, die die vergangenen Beschlüsse über all die Jahre in diese Richtung der Widmung- und der Dichtegestionen mitgetragen haben, auch aufzeigen, wenn es Argumente zu bringen gilt, die die Sache ins richtige Licht rücken. Ich bedanke mich bei all jenen, die das tun und bei all denen, die gemeinsam daran mitarbeiten, dass das auch berechtigt

ist und bleibt. Es gilt, jeweils Grünraumflächen zu schaffen vor allem auch bei den Bebauungsplänen, ich komme gleich kurz noch zu diesen Instrumenten.

Wesentlich hervorgehoben sei auch die Feier des 20ig-jährigen Bestehens der UNESCO-Weltkulturerbestadt, die jetzt letzte Woche stattgefunden hat. Der Schutz besteht nicht nur für die Altstadt, sondern auch für den Korridor bzw. für die Achse zum Schloss Eggenberg - das gehört ja seit 2010 auch zum Welterbe. Der Schutz im Bereich Eggenberg erfolgt auch zusätzlich zum Großteil mit Bebauungsplänen, auch entlang der Eggenberger Allee. Bebauungspläne leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Antlitzes der Stadt und wir haben auch hier alle Hände voll zu tun. Auch an dieser Stelle ein Dank an die Altstadtkommission, an Frau Prof. Ledl, die gemeinsam mit unseren Behörden auch daran arbeitet, etwa auch Stellungnahmerecht hat bei Bebauungsplänen in diesem Bereich. Mehr als 40 Hektar kamen jetzt erst an Altstadtschutzzonen dazu im Bereich von Waltendorf und St. Peter. Da möchte ich ganz deutlich ausführen, wie wichtig es ist, die Stadt so weiterzuentwickeln, aber eben unter Bewahrung und Schutz dessen, was wir alle gemeinsam schätzen. Das ist sozusagen kein Zielkonflikt, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten und diesen so auflösen (*Appl.*).

Wir haben auch - und ich bin jetzt nur auf ein Instrument dieser Stadtentwicklungsplanung näher eingegangen - neben den Bebauungsplänen das Stadtentwicklungskonzept (STEK) und das Räumliche Leitbild (RLB) mit 28 Teilräumen, die wir identifiziert haben und mit 12 Bereichstypen. Wir gehen auf all das wirklich ein und versuchen, auch ästhetisch in die Stadt zu wirken, soweit es nur möglich ist.

Wir haben auch hier einen ganz wichtigen Aspekt im Auge und durch meine Ausführungen zieht sich natürlich - wen wird es wundern - das Thema Klimaneutralität konsequent durch. Wir haben da z.B., - wir alle gemeinsam - eine Petition an das Land geschickt und verabschiedet für den sogenannten Grünflächenfaktor. Ich möchte mich zunächst bedanken beim alten Landesgesetzgeber, der neue Landtag hat sich ja noch nicht konstituiert, dafür, dass er diese Raumordnungsnovelle beschlossen hat. Aber

unser eigentliches Ziel ist es, nicht nur einen Versiegelungsgrad festzulegen, sondern einen echten Grünflächenfaktor mit Berücksichtigung von Gründächern und Fassadenbegrünung. Das hat noch nicht das Licht der Welt erblickt. Wir haben dann im Nachhang auch die erbetene Verordnungsermächtigung bekommen, der Herr Vizebürgermeister und die Baubehörde haben uns sehr geholfen zu identifizieren, wo vollzugsmäßig das Problem dabei ist, nämlich durchaus auch im Baurecht, nicht nur im Raumordnungsgesetz. Aber es blieb nur bei einem Versiegelungsgrad, es kam noch nicht zum Grünflächenfaktor. Das heißt, ein Dank an den alten Gesetzgeber und an die Landesregierung, aber eine dringende Bitte an den neuen Landtag sozusagen vorab. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch eine weitere Bitte an den neuen Landtag richten. Wir haben bei der Novellierung des Statutes gesehen, wie wichtig es ist, auch die besonderen Erfordernisse und Gegebenheiten in der Landeshauptstadt Graz sozusagen einzupreisen, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir haben einen besonderen Bedarf für gewisse Regelungen, die andere Gemeinden möglicherweise nicht brauchen bzw. benötigen. Obwohl ich glaube, dass Städte wie Kapfenberg oder Leoben sich sehr gerne da und dort uns anschließen würden. Wir wollen keine Privilegien in der Landesgesetzgebung, aber wir wollen die Berücksichtigung unseres Bedarfes, und ohne jetzt einen legislatischen Ausflug zu machen, man muss Gleiches gleich behandeln. Was nicht gleich ist, darf ich nicht gleich behandeln, sonst ist es gleichheitswidrig. Da sollte man einmal in einen Workshop gehen und ganz konkret dieses Angebot an die Mitglieder des Steirischen Landtages, wir haben uns schon verständigt, und auch einen weiteren Kreis einbinden, ich bitte, das in Ihren Fraktionen zu ermöglichen. Wir stellen uns da gerne der Debatte. Wir fordern keine Privilegien. Im Bereich der Novelle des Statutes ist da durchaus einiges berücksichtigt worden. Danke dem Herrn Magistratsdirektor und der Präsidialabteilung, dass sie die Anliegen der Stadt bei den Verhandlungen mit dem Land hier maßgeblich unterstützt haben und der Herr Finanzstadtrat hat ja auch gesagt, dass das weitestgehend gelungen ist.

Ich darf weiters - die Redezeit läuft davon, das ist aber ganz wichtig - noch auf den Verkehrsbereich kommen. Die Feinstaubüberschreitungen wurden von 158 Tagen - noch vor 18 Jahren - auf 39 Überschreitungstage reduziert. Immer noch enormer Handlungsbedarf. Aber es ist beruhigend, dass Maßnahmen greifen. Es wäre furchtbar und wir wären ratlos zurückgelassen, wenn wir nur Passagiere auf einem Vehikel wären und nicht zumindest die taugliche Berechtigung hätten, uns auch als am Steuerrad befindlich wiederzuerkennen. Das ist jetzt keine Überheblichkeit, sondern das ist die Verantwortung, die wir tragen und Gott sei Dank greift hier unser Eingriff und unser steuerndes Mitwirken. Ich möchte mich auch bei allen bedanken namentlich auch für alle Debatten in den Ausschüssen. Gerade gestern hatten wir wieder durchaus kontroversielle Debatten, aber ich liebe Debatten. Ohne Debatte kann man nicht das Potential des Möglichen ausschöpfen. Aber dann erwarte ich mir auch, und das ist ein Appell, bei der Lösung gemeinsam auch Hand anzulegen, sprich die Hand zu heben (*Appl.*).

Unsere Stadt wird sich - allein wenn ich an den Koralmtunnel denke - maßgeblich verändern, neue Chancen erhalten. Wien - Klagenfurt in 2 Stunden 40 Minuten, so lange brauche ich heute von Graz nach Wien. Dazwischen liegt bekanntlich Graz. Das ist ein sehr schönes Bild, diese 2 Stunden und 40 Minuten. Die Bundeshauptstadt und die benachbarte Landeshauptstadt Kärntens. Mein Ziel ist, diesen ganzen Raum als Metropolitan-Region von Graz zumindest als Arbeitstitel zu nehmen und zu schauen, wie unsere Chancen sind, die sich durch diese revolutionäre Verkehrsachse ergeben. In wenigen Wochen wird die zweite Tunnelröhre, die Nordröhre, von Kärnten her mit der einzig dort noch verbliebenen Tunnelbohrmaschine durchstoßen werden. Dann ist der Weg in beiden Röhren frei und in 6 Jahren soll die Koralmbahn fahren. Ich appelliere an eine Art, wo wir die Zeit ticken sehen und uns prüfen, ob wir alle Handlungen und unsere Entscheidungen auch so wahrnehmen, dass das eine Chance wird für uns. Denn sonst kommt wieder die negative Form von *panta rhei*. Sonst rinnt der Panther - auch der Stadtpanther und auch der des Landes - aus. Denn solche Verkehrsverbindungen sind ambivalent. Wenn ich attraktiv bin, wenn ich die Stadttore offen habe, habe ich

Vorteile, wenn ich dies nicht wahrnehme, wenden sich die Leute ganz schnell auch tagesläufig ab. Ich appelliere auch an das Land Steiermark, dass es daher eine erhöhte Anforderung an das Verwaltungsgrenzen überschreitende gemeinsame Handeln gibt. Unser Herr Bürgermeister ist auch Vorsitzender der Zentralraumregion und ich glaube, und das ist ein Appell an die überregionale Koordinierungsaufgabe der Landesregierung, wir müssen auch hier ganz konkret die Grenzen der benachbarten steirischen Planungsregionen kooperativ überschreiten, denn die Koralmbahn kommt über die benachbarte Planungsregion herein und kommt dann in unsere. Wir müssen daher – und das nochmals ganz deutlich – nicht nur Gemeinde und Bezirksgrenzen überschreiten, planerisch, gedanklich und entwicklungsmäßig, sondern eben gelegentlich gemeinsam auch die Grenze der Planungsregion. Ich stelle diese Grenzen nicht in Frage, aber wir müssten mit dieser Grenzüberschreitung und dieser Handreichung arbeiten lernen.

Straßenbahnausbau in Graz und S-Bahn-Ausbau: Für die Straßenbahn gilt die Formel 5 plus 3: Fünf Projekte sind im Laufen, mit plus/minus 75 Mio. im Budget und drei weitere, die Nordlinie, die 2-er-Linie und die Südwestlinie sind vom Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom letzten November umfasst und im Kommen.

Auch unserem Verkehrssprecher und Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Georg Topf, danke ich hierfür sowie insbesondere danke ich ihm auch für die Initiative zur Einführung eines Grünflächenfaktors, wie vorhin ausgeführt. Was die Straßenbahnen betrifft, haben wir ein Meeting mit Herrn Professor Hüssler noch diesen Monat, wo wir erstmals, und da danke ich auch unserem neuen Verkehrsvorsitzenden der Verkehrsabteilung, Dipl.-Ing. Feigl - und es ist eine Fügung, dass er vom Land kommt - und genau auch noch per se einen Verwaltungsgrenzen überschreitenden Beitrag bei uns einbringt. Er hat eine weitere Sicht, die wir dringend brauchen, um auch uns eine weitere Einsicht zu geben und es wird hier jetzt auch, und das war bisher noch nicht der Fall, Herr Prof. Hüssler das System S-Bahn zahlenmäßig und potentialmäßig

einpreisen. Und ich komme zum Schluss dieses Kapitels (*laute Rufe aus den Reihen des Gemeinderates*). Da wird ...

*Vorsitzwechsel Bgm. **Nagl** übernimmt den Vorsitz (11.10 Uhr).*

Bgm. Nagl *betätigt die Ordnungsglocke:*

Geschätzter Herr Gemeinderat, dieses Lämpchen vor dir ist nicht farblich mit der Krawatte abgestimmt, sondern soll auf das Ende der Redezeit hinweisen.

Piffl-Percevic:

Ich komme auch gleich dazu. Ich werde nur noch hinweisen auf die wissenschaftsrelevante und bindungsrelevante Raumordnung. Mit Physikgebäude, (gemeinsam zwischen Uni Graz und TU) mit den Innfeld-Gründen der TU, da sind wir gefordert. Es geht um die Entwicklung der Möglichkeiten für unsere Bildungseinrichtungen. Ich komme zu einem ganz wichtigen Schluss dieses Teils, zu den Schulen. Wir haben mit der neuen Volksschule im Bereich Smart-City auch eine Kooperation mit der AVL. Es gibt in der Volksschule St. Leonhard weltweit 21 Flagship-Schools mit Microsoft, das ist eine davon, die FH-Joanneum hat ebenfalls von der Wirtschaft mitfinanzierte Studiengänge, so wie der Campus 02.

Ich darf daher, ich nehme an erwartungsgemäß, meinen klimarelevanten Beitrag mit einer eine ganz große Verantwortung tragenden Frau und mit zwei weiteren Frauen/Mädchen schließen:

Die Frau ist die Ursula von der Leyen, die gerade in diesen Stunden das Klimaprogramm in der EU versucht, in die richtige Richtung zu bringen: 2050 Klimaneutralität. Wir sollten sie auf diesem Weg unterstützen und ich glaube, unser Beitrag ist dazu geeignet.

Die zwei Mädchen sind zwei schwedische Mädchen. Denn die Gretchenfrage unserer Tage ist schon lange nicht mehr die nach der Religion, die ist auch sehr wichtig, die soll nicht unter den Tisch fallen, aber die Gretchenfrage ist die nach dem Klima: „Wie hältst du es mit der Klimaneutralität?“ Und das zweite schwedische Mädchen ist die Pippi Langstrumpf: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ Das ist eine sehr positive Formulierung. Wir müssen die Welt so machen, wie sie uns gefällt und wir können es. Wir kennen einen, der nimmt auch Anleihe bei der Pippi Langstrumpf: Mr. Trump. Der macht die Welt, wie sie ihm gefällt. Das ist aber nicht unsere Welt und daher komme ich zum Schluss (*Appl.*), denn es geht um die politische Umsetzung unserer Verantwortung und da ist ausnahmsweise jetzt keine Dame und kein Mädchen am Wort, sondern Max Weber: „das starke Bohren harter Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft“ und bitte, wir wollen bei Max Weber sein, wir wollen uns alle bemühen, stark zu sein, Augenmaß zu haben - da appelliere ich auch an alle Stadtsenatsmitglieder - das geht nicht mit Hauruck und wir wollen bitte keine Dünnbrettbohrer sein, sondern wir wollen wirklich unsere Verantwortung wahrnehmen. In diesem Sinne ersuche ich Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden guten Budget.

Bgm. Nagl:

Danke dem Herrn Gemeinderat, der eine Punktlandung hatte, nämlich auf die Sekunde genau seine Budgetredezeit ausgenutzt zu haben. Ich freue mich auch, dass ein alter Weggefährte und Freund von dir und von uns allen heute auch im Gemeinderatssaal anwesend ist, lieber Herr Gemeinderat außer Dienst, lieber Herr Landtagsabgeordneter außer Dienst, lieber Herr Bundesratsabgeordneter und Präsident außer Dienst und Träger des Großen goldenen Ehrenzeichens der Republik mit dem Stern, die höchste Auszeichnung, die der Bundespräsident dir verliehen hat, sei herzlich willkommen, schön, dass du da bist, Gregor Hammerl (*Allgem. Appl.*). Es wird dich sehr gefreut haben, was du gerade gehört hast als Seniorenvertreter.

GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada (KPÖ) 11.22 - 11.37 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer auf der Tribüne. Ein gelungenes Budget zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus:

1. Es sollte alle Fixkosten, die eine Stadt hat, abdecken,
2. es sollte wichtige Investitionsprojekte berücksichtigen, die Stadt aber auch langfristig nicht in den Ruin treiben und
3. es sollte ein soziales Gesicht haben.

Wie schaut das jetzt beim Grazer Budget für 2020 aus? Erfüllt es alle genannten Kriterien?

Zu Punkt 1:

Die Fixkosten sollten, wie der Herr Finanzstadtrat ausgeführt hat, durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. Im Jahr 2019 ist das voraussichtlich gelungen. Und dafür darf ich mich bei allen Beschäftigten im Magistrat Graz und in den Beteiligungen, die tagtäglich hervorragende Arbeit leisten, an dieser Stelle einmal recht herzlich bedanken (*Allgem. Appl.*). Persönlich besonders hervorheben möchte ich Michael Kicker und Dr. Karl Kamper, aber auch Mag. Windhaber, die sich immer für Fragen Zeit genommen haben (*Allgem. Appl.*).

Zu Punkt 2:

Ist die Pflicht erfüllt, folgt die Kür. Und hier geht es um die Investitionen. 190 Millionen sind für das Jahr 2020 vorgesehen. Das ist ein sehr hoher Betrag. Damit wird auch der Schuldenstand der Stadt Graz 2020 auf 1448 Millionen, also mehr als 1,4 Milliarden, anwachsen.

Zum Vergleich: Im Wahljahr 2017 betragen die Nettofinanzschulden bei der Stadt Graz, sie lagen noch bei 1.156 Millionen (1,16 Mrd.). Während sich der Schuldenstand in der vergangenen Gemeinderatsperiode um nur 80 Millionen Euro erhöht hat, sind die Schulden in den letzten drei Jahren unter Schwarz-Blau um bereits 292 Millionen Euro

gestiegen. Für einen Schuldenzuwachs in diesem Ausmaß haben die Vorgängerregierungen zehn Jahre, also im Zeitraum 2006 bis 2016, gebraucht. Bis 2022, also bis zur nächsten Wahl, wird ein Schuldenzuwachs von 410 Millionen Euro erwartet. Das ist das Fünffache, verglichen mit den viereinhalb Jahren davor. Aber wir sagen nicht, dass Schulden per se schlecht sind. Vielfach stehen ihnen städtisches Eigentum oder Infrastruktur gegenüber, die für eine Stadt unerlässlich sind. Graz wächst. Und deshalb sind einige der Investitionen notwendig. Dazu zählt zum Beispiel der Sturzplatz neu mit einer Investitionssumme von insgesamt 30,6 Millionen Euro. Die 18 Millionen Euro für den Fernwärmeausbau sind im Sinne von Klima- und Umweltschutz unbedingt erforderlich. Es geht ja auch darum, dass die Stadt Graz ihren schlechten Ruf als Feinstaubhauptstadt endlich los wird. Wir sind uns wohl alle hier einig: Das sind gute Schulden, weil es notwendige Investitionen sind, die langfristig Sinn machen.

Ein großer Brocken im Budget ist der Straßenbahn-Ausbau. Hier geht es einerseits um laufende Projekte, wie den zweigleisigen Ausbau nach Mariatrost mit 8,6 Millionen. Andererseits ist vor allem die Straßenbahn-Anbindung von Reininghaus und Smart City um insgesamt 72,4 Millionen zu nennen. Wir werden uns wieder einig sein, nehme ich an: Das sind gute Schulden. Diese Projekte werden ja auch von Land und Bund gefördert und werden langfristig für alle Grazerinnen und Grazer von großem Nutzen sein. Aber, es gibt auch Projekte, wo ÖVP und FPÖ sagen, die Schulden dafür wären „gute Schulden“, wir als KPÖ aber denken, das sind unnötige Schulden. Dazu zählt der Zentrale Speicherkanal mit insgesamt 81,4 Millionen. Ohne das Murkraftwerk wäre der gar nicht nötig. Für das Kraftwerk und den Speicherkanal wurde in Graz ein beispielloses Abholzen von tausenden Bäumen in Kauf genommen und für die 16.000 gerodeten Bäume wurden Ersatzpflanzungen versprochen. Die erfolgen aber, und das muss man wissen, zum Großteil gar nicht in Graz. Zum Vergleich: Beim mit viel medialem Trommelwirbel inszenierten Klimafonds sind nur 1.500 Baumpflanzungen vorgesehen. Bei diesem Klimafonds hat sich darüber hinaus ja schnell gezeigt, wie recht meine Kollegin Christine Braunersreuther mit ihrer Kritik an der unverbindlichen Geschäftsordnung für den Fachbeirat für Klimaschutz hatte. Ihre Kritik wurde von ÖVP

und FPÖ vom Tisch gewischt. Das Resultat? Klimaexperte Stefan Schleicher will sich für diese PR-Show nicht hergeben.

Die EStAG wird die Gewinne am Mur-Strom einkassieren. Was die EStAG aber nicht tut, sich an den Wiederherstellungsmaßnahmen beim zerstörten Mur-Ufer in entsprechendem Ausmaß beteiligen. Bei den Kosten für die Infrastruktur, die neu geschaffen und wiederhergestellt werden muss, wird die EStAG beispiellos geschont. Die meisten Reparaturen zahlt die Stadt, sprich: die Grazer Bevölkerung, sich also selber. Bei diesem Kraftwerksprojekt mit ZSK um 81,4 Millionen und Begleit- und Folgekosten von bisher bereits 19,7 Millionen muss die Bevölkerung die Zeche zahlen. Das sind schlechte, unnötige Schulden.

Ein weiteres Beispiel: Rund eine Million wurde bisher in Vorarbeiten für die Plabutsch-Gondel gesteckt. Weitere 450.000 sind für das nächste Jahr budgetiert. Und das, obwohl man nicht einmal weiß, ob die Grazer und Grazerinnen diese Gondel überhaupt wollen. Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen getroffen und die vom Bürgermeister versprochene Volksbefragung wurde auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben, während Geld bereits in die ersten Realisierungsmaßnahmen fließt. Zuletzt wurde schon die Projektsteuerung für die Seilbahn samt Berg- und Talstation ausgeschrieben. Nach letzten Berechnungen soll die Plabutsch-Seilbahn 38 Millionen Euro kosten.

Das sind schlechte und verantwortungslose Schulden. Das ist auch der Grund, warum die KPÖ beschlossen hat, Unterschriften für eine Volksbefragung zu sammeln. Denn dieses Geld könnte man durch günstigere Öffi-Tarife im Sinne der Bevölkerung und der Umwelt wesentlich besser verwenden.

Kommen wir zum dritten Punkt für ein gelungenes Budget:

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten steht eine Frage im Zentrum: Wie geht eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Mitgliedern um? In der Stadt Graz hat sich in den letzten Jahren hier einiges zum Schlechteren verändert. Auch wenn die Ausgaben da und dort steigen, bedeutet das nicht, dass die Stadt sozialer geworden wäre. Leider

liegt es oftmals daran, dass die Zahl der Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, stetig steigt.

Dazu einige Beispiele: SozialCard-BesitzerInnen unterstellt man, sie könnten mit ihrem Geld nicht verantwortungsbewusst umgehen. Mit einem teuren Gutscheinesystem wird nun einerseits den Betroffenen der Zugang zu den Leistungen immer weiter erschwert und auf der anderen Seite ein international agierender Konzern unterstützt. Von den 10.086 Grazer Haushalten, die über eine SozialCard verfügen, haben heuer nur 8.817 die Weihnachtsbeihilfe bekommen. Das sind noch einmal 167 weniger als im Vorjahr. Sozialstadtrat Hohensinner traut auf der einen Seite den Menschen nicht zu, mit 50 Euro Bargeld umgehen zu können, auf der anderen Seite mutet es fast zynisch an, wenn er sagt, er wolle die wirtschaftlich Schwachen als mündig und „vollwertig“ ansehen. Der Vorschlag, die Stadt Graz sollte sich für die Wiedereinführung einer Bahnhofsmission einsetzen, wird als „nicht zeitgemäß“ abqualifiziert. Bei Obdachlosen, Alkohol-Abhängigen und Drogenkranken gilt das Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“. Uns als KPÖ wäre lieber, man würde sich mehr dafür einsetzen, den Menschen zu helfen, statt sie einfach aus dem Stadtbild verbannen zu wollen. Unser Antrag, das Pflegepersonal bei den GGZ aufzustocken, wurde abgeblockt, obwohl man sich im Verwaltungsausschuss darüber einig war, dass es an Pflegepersonal fehlt.

Die jahrelangen Bemühungen der KPÖ um kostenlose Legasthenie-TrainerInnen an Schulen, um die Chancengleichheit aller Kinder in den Grundschulen zu erhöhen, werden einfach ignoriert.

Die Anträge der KPÖ auf Ausweitung der Bäderöffnungszeiten und moderatere Bäderpreise werden fast reflexartig abgelehnt. „Kein Geld vorhanden“, heißt es immer wieder. Wer soll das angesichts von Gondelplänen und Olympia-Fantasien noch glauben?

In Budgetsitzungen wird immer gern vom „Sparen“ geredet. Bei sich selbst spart die Politik allerdings nicht. „Inhalte“ sind immer dann besonders wichtig, wenn es um die Inhalte der Parteikassen geht.

2.452.000 Euro macht die Förderung der Klubs und Parteien der Stadt Graz im Jahr 2020 aus. Damit ist die Grazer Parteienförderung eine der höchsten in ganz Österreich, umgerechnet auf die Bevölkerung.

Rapide in die Höhe gehen auch die Ausgaben für die Selbstdarstellung. Erlauben Sie mir dazu eine Bemerkung: Ich habe Freunde und Freundinnen, die im Marketing und der Werbebranche tätig sind und die sind sich alle in einer Sache ziemlich einig: Viel Geld für Werbung muss man nur dann nur ausgeben, wenn das Produkt nicht für sich selbst spricht. Das kommt mir oft auch in der Stadt Graz so vor. Man schlägt die Zeitung auf und sieht mehrseitige Inserate mit schönen Bildern, die viele Dinge sehr geschönt darstellen. Oft sieht man Renderings mit Projekten, die in Wirklichkeit nie so ausschauen werden und immer dabei Fotos der Regierungsmitglieder von ÖVP und FPÖ, ok, von der FPÖ in letzter Zeit weniger.

Für Werbung und Marketing werden Unsummen ausgegeben. Wieviel die Stadt Graz und ihre Beteiligung insgesamt für diese Maßnahmen ausgibt, lässt sich aus dem Budget nicht herauslesen, so gut aufgeteilt, um nicht zu sagen versteckt, sind sie. Von wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam ist man hier oft meilenweit entfernt. Während auf der einen Seite Geld mit beiden Händen für Eigenwerbung ausgegeben wird, können sich viele Grazer und Grazerinnen das tägliche Leben immer weniger leisten. Die Löhne und Gehälter und Pensionen können mit den jährlichen Erhöhungen bei den Gebühren und Tarifen schon lange nicht mehr mithalten. Dazu trägt, leider, auch die Stadt Graz wieder bei. Die Gebühren für Kanal, Wasser und Müll steigen seit der von Schwarz-Grün eingeführten Teuerungsautomatik jährlich an. Nur beim Doppelbudget 2015/16, das mit der KPÖ vereinbart wurde, sind diese Tarife nicht angestiegen. Die Grazer Gebühren zählen im österreichischen Städtevergleich zu den höchsten. Das muss sich ändern.

Im gerade angesprochenen Doppelbudget, das ÖVP und SPÖ mit der KPÖ beschlossen haben, wurde die verbilligte Jahreskarte für Grazer und Grazerinnen eingeführt. Das war 2015. 228 Euro hat sie damals gekostet. Heute, vier Jahre später, ist sie um ein Viertel teurer und kostet seit Juli 281 Euro. Wenn nächstes Jahr wieder erhöht wird,

durchbricht die Jahreskarte Graz die 300-Euro-Mauer. Ein Ende dieser Teuerungsspirale bei den Öffis ist leider nicht in Sicht. Dabei reden alle davon, dass die Benützung des öffentlichen Verkehrs attraktiver werden muss, nicht zuletzt aus umweltpolitischer Sicht. Dass Bus und Bim leistbar sein müssen, ist in diesem Budget nicht mitgedacht. Als KPÖ sagen wir, die Erhöhung der Zuzahlung der Stadt zur Jahreskarte sowie die Ausweitung der Jahreskarte auch auf die Gruppe der AuspendlerInnen wäre da das Mindeste.

Noch ein paar Worte, nicht nur für die KPÖ, sondern für viele Grazer und Grazerinnen zentrales Thema: Wohnen. Eustacchio hat die Warteliste für Gemeindewohnungen drastisch verkürzt. Heißt das, dass alle Menschen, die eine Gemeindewohnung bräuchten, eine bekommen haben? Nein, das heißt, dass einfach viele Grazer und Grazerinnen aufgrund der rigiden Regelungen keinen Anspruch mehr haben. Das neue System geht so weit, dass es sogar immer mehr Gemeindewohnungen gibt, die leer stehen. Und dieser Leerstand bringt auch finanzielle Einbußen für die Stadt. 70.000 Euro Minus waren das zuletzt und das nicht etwa jährlich, sondern allein im zweiten Quartal 2019.

Noch eine Bemerkung zu den städtischen Beteiligungen, bevor ich zum Schluss komme. In den Aufsichtsräten sitzen nur mehr Leute, die ÖVP und FPÖ nahestehen. Die anderen Fraktionen haben so gut wie keinen Einblick mehr in das Gebaren. Dazu sollte man wissen, dass diese Tochterunternehmen mit Steuergeld operieren, also mit dem Geld der Bürger und Bürgerinnen. Die demokratische Vertretung der Bürger und Bürgerinnen aber, der Gemeinderat, hat kaum noch Einblick, was dort passiert, geschweige denn Einfluss darauf. Am drastischsten ist das bei der Holding. Jetzt möchte ich kurz vorgreifen auf den Tagesordnungspunkt 3: Da beschließen wir heute die Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz. Darin enthalten ist ein wichtiger Punkt, den ich kurz zitieren möchte: Unter § 2 Absatz 2 steht u.a., dass alle mit der Erstellung und Vollziehung des Haushalts der Landeshauptstadt Graz befassten Organe und Dienststellen „die Grundsätze der Effizienz sowie der Transparenz einschließlich einer möglichst umfassenden und wahrheitsgetreuen Darstellung der

finanziellen Lage der Stadt“ zu beachten haben. Weiters, in Absatz 3, wird dann konkret ausgeführt, dass die Beteiligungen nicht ausgenommen sind.

Es ist also klar, Berichte sollten lesbar und aussagekräftig sein. Jetzt frage ich mich und die Frage sollten sich alle angelobten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen: Warum wird die Gebarung bei der Holding Jahr für Jahr intransparenter? Jetzt wird im Bericht über das Sponsoring nicht einmal mehr zwischen Geld- und Sachleistungen unterschieden. Bei der Energie Graz bekommt der Gemeinderat die Wirtschaftspläne nicht mehr zu sehen. Das, finde ich, muss sich bald ändern. Und das lässt sich leicht ändern. Ich hoffe doch, dass niemand hier in diesem Saal ein Interesse an Intransparenz hat.

Abschließend möchte ich festhalten, es geht hier um Steuergeld, mit dem wir wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam umzugehen haben. Die KPÖ findet, die Stadt soll ein Gemeinwesen sein, das für all seine Bürger und Bürgerinnen da ist und kein Selbstbedienungsladen und kein Topf zur Realisierung von Prestigeprojekten oder zum Bau von Luftschlössern.

Aus all den vorher genannten Gründen werden wir heute dem Budget nicht zustimmen, obwohl wir gerne dem Budget in den Ressorts Verkehr und Gesundheit gerne zugestimmt hätten, aber diesmal, das ist zum ersten Mal in diesem Haus nicht möglich, dass man darüber getrennt abstimmt. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (11.35 Uhr).

StR Riegler:

Dankeschön, damit sind die fünf Minuten Überziehung von Herrn Klubobmann Piffli-Percevic wieder eingeholt.

GR Mag. Mogel (FPÖ) 11.38 - 11.50 Uhr

Liebe Gäste, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat. Gesamtverantwortung zu übernehmen, bringt Ergebnisse. Was sagen uns die Zahlen in den rund 1000 Seiten des Budgetvoranschlags? Sie sagen uns eines: Mit uns steht ein stabiles und mutiges Budget für das Jahr 2020. Stabil in Hinblick auf ein positives Ergebnis, trotz eines der größten Investitionsvolumen in Graz der letzten zehn Jahre und mutig in Hinblick auf große und visionäre Projekte für alle Grazer. Das hier vorliegende Budget ist vor allem durch zwei Dinge gekennzeichnet, durch Verantwortung und Umsetzung. Heute lade ich auch euch ein, liebe Opposition, nicht, wie gestern in den Zeitungen zu entnehmen, zu jammern, sondern aktiv mitzugestalten, Verantwortung zu übernehmen und so einfach könnte es sein, tragt das Budget einfach mit.

Anhand der folgenden 10 Punkte zeige ich, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen:

1. Wir übernehmen die Verantwortung für den Gemeindewohnbau. Als Erstes haben wir Anpassungen der Zuweisungsrichtlinien zugunsten der Grazer vorgenommen, mit dem Ergebnis, dass die Wartezeiten auf eine Gemeindewohnung zum Teil zur Gänze ausgesetzt werden konnten. Über den Eigenbetrieb Wohnen Graz werden große Wohnbauprojekte umgesetzt, die zu mehr günstigem Wohnraum in der Stadt führen. Als besonders herausragend sei das Projekt am Grünanger erwähnt. Auch die laufenden Sanierungsvorhaben der einzelnen Gemeindewohnungen und das umfassende Sanierungsprogramm für ganze Wohnhäuser werden mit Hochdruck umgesetzt. Das Ergebnis ist eine Mehrzahl an neuen und instandgesetzten Wohnungen für die Grazer auf modernstem Standard. Die Erweiterung des Angebots im Bereich des städtischen Wohnens um Studentenwohnungen und Starterwohnungen für junge Menschen ist bereits umgesetzt. Das umfassende Informations- und Beratungsangebot der Wohnungsinformationsstelle „WOIST“ ist kostenlos und allen Grazern zu allen Themen rund um das Wohnen zugänglich. All

das dient dazu, neuen und günstigen Wohnraum jenen aber anbieten zu können, die ihn auch wirklich benötigen (*Allgem. Appl.*).

2. In einer stark wachsenden Stadt übernehmen wir Verantwortung für eine zukunftsweisende Verkehrsplanung. Ein in diesem Umfang noch nie beschlossenes Straßenbahn-Ausbauprojekt bringen wir für die Aufwertung des öffentlichen Verkehrs zur Umsetzung. Durch die steigende Bevölkerungszahl in Graz steigt natürlich auch das Verkehrsaufkommen im Stadtbereich. Mit einem groß angelegten Konzept zum Ausbau der Grazer Straßenbahnlinien gepaart mit einer stetigen Erweiterung des innerstädtischen Busliniennetzes und deren Kapazitäten schaffen wir ein Angebot an alle Grazer, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen und ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen, dass dieses Konzept auch funktioniert. Ich wohne drei Minuten fußläufig von einer Straßenbahnhaltestelle entfernt, sieben Minuten von einem TIM-Standplatz. Ich habe vor ungefähr vier, fünf Jahren mein Kraftfahrzeug hergegeben. Ich habe keines mehr, ich habe jetzt ein Fahrrad und eine Jahreskarte der Holding Graz Linien (*Allgem. Appl.*).

Das Ergebnis einer mutigen und zukunftsweisenden Verkehrsplanung wird ein Angebot für alle Grazer sein, ihre Einzelfahrten nicht mehr mit dem eigenen Auto zu bestreiten. Langfristig und vor allem nachhaltig kann ein Umstieg auf den öffentlichen Verkehr nur durch eine Erweiterung des Angebots erreicht werden und nicht durch Verbote erfolgen.

Vielleicht sollte auch die Frau Verkehrsstadtrat lieber einen Verkehrsnotruf einrichten als ein Mietertelefon ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Beides haben wir.

Mogel:

... vor allem, glaube ich, bei den letzten Spielen einer Kärntner Mannschaft hätte es

wahrscheinlich auch einen großen Stau in Ihrer Telefonleitung gegeben.

3. Wir übernehmen Verantwortung für die Mitarbeiter der Stadt Graz. Aufgrund der stark und stetig wachsenden Bevölkerungszahl in Graz wird auch die Herausforderung für die Verwaltung größer. Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze für qualifizierte Mitarbeiter im Magistrat Graz, vor allem in den bürgernahen Bereichen, kommen wir den neuen Anforderungen nach.

So setzen wir z. Bsp. eine Personalaufstockung in den Bereichen

- Bildung und Integration
- BürgerInnenamt
- Sozialamt, Gesundheitsamt
- Ärztedienst des Amtes für Jugend und Familie
- Umweltamt und natürlich auch
- im Bereich Wohnen Graz

um.

Das Ergebnis ist eine noch bessere Unterstützung der Bürger in allen Lebensbereichen der Stadt.

4. Wir übernehmen Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Graz und die damit verbundene Versorgungssicherheit. Mit der mutigen Umsetzung des Jahrhundertprojektes Kraftwerk Graz-Puntigam setzen wir ein Zeichen für die Zukunft. Als Elektrotechniker kann ich Ihnen auch sagen, dass die Stabilität eines Stromnetzes immer von den nächsten Energielieferanten gewährleistet wird. Selbst, wenn Sie Ökostrom aus norddeutschen Windkraftwerken bezahlen, werden Sie dennoch vom benachbarten Kraftwerk versorgt. Je stärker der Versorgungsgrad in der unmittelbaren Nachbarschaft ist, desto nachhaltiger ist auch der Wert für den Wirtschaftsstandort. Man darf eines nicht vergessen: Durch den gezielten Ausbau der Wasserkraft hat Österreich eines der besten und ausfallsichersten Stromnetze der Welt. Das Ergebnis und das Ziel sind eine stabile Versorgung der Grazer auch bei steigendem Strombedarf für die nächsten Jahrzehnte. Warum steigend? Ich erwähne nur ein kleines Beispiel:

e-Mobility. Wir werden unseren Strombedarf deutlich erhöhen, fürchte ich, in den nächsten Jahren.

5. Wir übernehmen Verantwortung für unseren Lebensraum. Im Zuge des Baues des Murkraftwerks in Graz haben wir eine Vision rasch und mutig umgesetzt, die schon lange ein Wunsch vieler Grazer gewesen ist: „Bringen wir die Mur wieder zu den Bürgern“. In kaum einer anderen europäischen Stadt hat der Fluss, der über die Geschichte zumeist die Lebensader war und das Entstehen einer Stadt erst ermöglicht hat, eine so stiefmütterliche Behandlung erfahren wie in Graz. Durch etliche Regulierungen der letzten Jahrhunderte wahrscheinlich hat sich die Mur immer weiter eingegraben und ist fast zur Gänze aus dem Blickfeld und vor allem aus dem Leben der Grazer verschwunden. Verkommen zu einer Grenze zwischen Cis- und Transmurem holen wir durch eine groß angelegte Erneuerung des Lebensraumes Mur unseren Fluss wieder zurück in das Leben der Stadt.

Ich gehe nur auf ein Beispiel ein, so klein ist es gar nicht, und zwar auf die Bucht im Augarten. Wie war denn das Gezeter laut und die Anzahl falscher Propheten groß, die den Untergang des Augartens in der jetzt doch sehr gerne genutzten Form beschworen haben. Stellt man sich jetzt zum Beispiel auf die Fahrradbrücke zwischen Jakomini und Gries, sieht man eine Mutter ihrer Tochter die neue schöne Bucht zeigen und erzählen, wie es lustig sein wird, wenn man dort unten auch wieder gemeinsam spielen kann. Oder eine ältere Dame, wie sie davon erzählt und ganz erstaunt und erfreut darüber sinniert, wie wohl die neuen Sitzbänke sein werden, wo sie darauf sitzen wird, dort auch auf das Wasser hinausschaut und dass der Umbau des Augartens ganz und gar nicht so furchtbar ist, wie es ihr von ein paar, den Ausdruck den die Damen da verwendet hat, ist der Redaktion bekannt, vorgemacht wurde (*Allgem. Appl.*).

Das Ergebnis kann sich jetzt in Wahrheit jetzt schon sehen lassen. Aber eines ist klar: Im nächsten Jahr kommt die Mur wieder zu den Grazern und mit Sicherheit die Grazer auch wieder zur Mur.

6. Wir übernehmen Verantwortung für die Sicherheit in Graz. Durch die Umsetzung der Eingliederung aller städtischen Sicherheitsorganisationen

- a. Rathauswache
- b. Ordnungswache und
- c. Parkraumservice

unter eine Gesellschaft, die GPS, konnte das Angebot für die Bürger erweitert, die Planungssicherheit gewährleistet und sogar ein Gewinn für den Grazer Haushalt erwirtschaftet werden; siehe den jüngsten Bericht des Stadtrechnungshofes.

Den Grazern ein Gefühl der Sicherheit zu geben, hat oberste Priorität. Gemeinsam mit allen in Österreich zur Verfügung stehenden Organisationen geht es vor allem darum, die Lebensqualität zu sichern. Ein wesentlicher Punkt für viele Menschen ist das persönliche Sicherheitsempfinden. Mit uns als stabilem Partner ist rasch und unbürokratisch, mit dem Bund und der Polizei z. Bsp., für den Volksgarten eine Sicherheitszone eingerichtet worden.

Mit der Umsetzung eines Erhebungsdienstes im Magistrat haben wir die Möglichkeit geschaffen, dem Problem des sozialen Missbrauchs Herr zu werden.

Vor allem beim Thema Sicherheit ist unser Zugang, erkannte Probleme nicht zu verschweigen oder wegzusehen, sondern diesen auf den Grund zu gehen und sie zu lösen.

7. Wir übernehmen auch Verantwortung für das kulturelle Leben in Graz. Mit der Umsetzung des Kulturjahres 2020 haben wir bewiesen, dass wir ein stabiler Partner in allen Bereichen des städtischen Lebens sind. Zu einer pulsierenden Stadt wie Graz, die mit ihrem Umland einen Ballungsraum von rund einer halben Million Einwohnern darstellt, gehört auch ein lebendiges kulturelles Leben. Graz als Kommune hat hier die Möglichkeit, Raum im ureigensten Sinn des Wortes in Form von Plätzen, Räumen und Spielstätten zur Verfügung zu stellen, aber auch im übertragenen Sinn für Raum für den freien Gedanken, für das freie Wort und für die teilweise finanzielle Voraussetzung von Projekten zu sorgen.

Mit einer zusätzlichen Förderung von fünf Millionen Euro wird über das ganze nächste Jahr das kulturelle und künstlerische Leben in Graz beflügelt (*Allgem. Appl.*).

8. Wir übernehmen die Verantwortung auch für unsere ärmeren Mitmenschen in Graz.

Mit der Neustrukturierung der SozialCard wird die Unterstützung nicht mehr im Gießkannensystem verteilt, sondern zielgerichtet an jene gegeben, die diese tatsächlich benötigen. Mit uns als Partner wird mit dem Geld der Grazer sorgsam umgegangen (*Allgem. Appl.*).

9. Wir übernehmen Verantwortung für den Sport und seine vielen ehrenamtlichen Vertreter in den einzelnen Vereinen. Mit dem Sportjahr 2021 setzen wir die schon lange geforderte Unterstützung und Förderung der vielen kleinen und großen Sportvereine in Graz um. Als Stadt können wir das geschäftige Leben in den unzähligen Sportvereinen in Graz nicht hoch genug wertschätzen. Die Auswirkung sportlicher Betätigung auf die Gesundheit ist hinlänglich bekannt. Dass die Vereine auch in den Bereichen Jugendförderung und Stärkung sozialer Kompetenzen einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung unserer Jugend haben, wird oftmals übersehen. Von der integrativen Komponente einmal ganz abgesehen. Mit dem Sportjahr 2021 fördern wir die sportlichen Aktivitäten mit rund 5,5 Millionen Euro und danken damit den vielen ehrenamtlichen Helfern, privaten Förderern und den über 60.000 Mitgliedern der Grazer Sportvereine für ihren unermüdlichen Einsatz.

10. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Umwelt. Mit der Umsetzung eines Umweltfonds in der Höhe von 30 Millionen Euro setzen wir einen Meilenstein und die Basis für nachhaltige Umweltprojekte. Wir setzen hierbei auf den Ideenreichtum und die Innovationskraft aller Grazer und werden für diesen Fonds die Möglichkeit schaffen, dass Projekte oder Ideen von allen eingebracht werden können, unabhängig, ob diese aus dem universitären Bereich oder direkt aus dem Alltag oder Haushalt kommen.

Abschließend sei gesagt: Nur wer Verantwortung übernimmt, kann auch die Zukunft gestalten. Danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (11.51 Uhr).

GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner (Grüne) 11.51 – 12.14 Uhr

„Wie wir leben wollen“. Sehr geehrter Herr Vize-Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich hoffe, er hört auch zu, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. „Wie wir leben wollen“, lautet der Titel der BIG extra zum Kulturjahr 2020. Und ja, die Projekte zum Kulturjahr 2020 sind dazu angetan, gemeinsam mit der Grazer Bevölkerung einen Prozess zu starten. Es geht um die wichtigen Themen unserer Zeit. Es geht um Klimawandel, es geht um Nachhaltigkeit und um die Kultur des Zusammenlebens. Wir stehen auch nicht an, Herrn Kulturstadtrat Riegler zu diesem Programm ganz herzlich zu gratulieren.

*Zwischenruf GR. Mag. **Frölich**: Das ist ja unerwartet, da müssen wir applaudieren.*

Pavlovec-Meixner:

... eben (*Allgem. Appl.*). Möge in diesem Kulturjahr 2020 eine neue urbane Offenheit in allen Grazer Bezirken, ein Miteinander und ein Umdenken angesichts der Herausforderungen der Zeit, in der wir leben, ihren Anfang nehmen.

Allerdings: Leider gibt es auch einen Wermutstropfen, der ganz symptomatisch für die blinden Flecken steht, wie in Graz Politik gemacht wird. „Wie wir leben wollen“, bedeutet für viele Grazerinnen und Grazer auch eine Rückeroberung des öffentlichen Raums und ein Platz-Nehmen auch auf jenen Flächen, die derzeit dem motorisierten Individualverkehr vorbehalten sind. Und genau ein solches Projekt, das uns gezeigt hätte, was in Graz alles möglich ist, wenn wir unseren Straßenraum anders aufteilen,

das uns gezeigt hätte, was passiert, wenn Menschen den Raum bespielen dürfen, wird ganz offensichtlich nicht realisiert. Ich stelle dieses Beispiel deshalb an den Beginn meiner Rede, weil es ein Beispiel für die Mutlosigkeit ist, die von der die aktuelle ÖVP-FPÖ-Koalition geprägt ist. Eine Mutlosigkeit, die sich leider auch im vorliegenden Budget-Entwurf zeigt. Ein Beispiel, dass die Grazer Regierungskoalition in manchen Bereichen lieber nicht wissen will, „wie wir leben wollen“ und ganz andere Prioritäten setzt. Wie heißt es so schön? Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Wenn wir uns das Budget ansehen, sehen wir, dass die Einnahmen der Stadt Graz erfreulicherweise gegenüber dem Voranschlag höher sein werden als erwartet. Es ist also besser gelaufen als geplant, und das ist auch der herrschenden Wirtschaftslage geschuldet. Aber das kann und wird sich auch ändern, weil die Wolken eines Konjunkturabschwungs bereits am Horizont aufziehen. Schauen wir uns den Investitionstopf an, der jene Mittel beinhaltet, die für Investitionen in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen. Er enthält knapp 100 Millionen Euro, die von jenen 300 Millionen übrig sind, auf die sich die Koalition geeinigt hat. Aber welche Projekte und Vorhaben aus diesem Fonds dotiert werden, das ist dem vorliegenden Budget nicht zu entnehmen. Transparenz sieht anders aus, meine Damen und Herren (*Allgem. Appl.*). Ist es die sogenannte Radoffensive mit 50 Millionen Euro in den nächsten Jahren? Sind es die 30 Millionen für den Klimafonds? Ist es die Weiterdotierung des Feinstaub-Fonds bzw. der Umweltförderungen? Sind es die Investitionen in den öffentlichen Verkehr, sind es wichtige Investitionen im Bereich Bildung? Wir wissen es nicht. Schauen wir uns an, was anlässlich einer Pressekonferenz zur Klima-Innovations-Stadt im November seitens der Koalition präsentiert wurde:

PV-Anlagen auf Schulen drei Millionen, Fassadenbegrünung und Grünraumankauf vier Millionen, Ausdehnung öffentlicher Verkehr 52 Millionen, tim-Standorte 2,4 Millionen, Ausschreibung für Umwelttechnologien vier Millionen, Optimierung der Kläranlage 4,7 Millionen und diverse Kleinprojekte eine Million. In Summe 71,1 Millionen Euro für die Klimaschutzprojekte, noch ohne jene Projekte, die mit einer angekündigten Summe von bis zu 15.000 Euro für Initiativen für den Klimaschutz eingereicht werden können.

Wobei leider noch niemand weiß, wie und wo. Allein mit den gerade genannten Projekten ist der Investitions-Fonds bis 2024 bereits zu zwei Dritteln aufgebraucht. Und der Klimafonds fast schon um das Doppelte seiner Dotierung verplant. Hier wurde das Geld seitens der Koalition bereits ausgegeben, bevor der Beirat das erste Mal getagt hat. Kann es sein, dass der Bürgermeister und sein Koalitionspartner in vorweihnachtlichem Übermut ihr Weihnachtsbudget mehrfach ausgegeben haben, die PackerIn an die Grazerinnen und Grazer verteilen und ihnen gleich wieder wegnehmen? Vielleicht erinnert sich ja noch der eine oder die andere, dass der Bürgermeister vor Jahren eine Grünraumoffensive mit einer Million Euro pro Jahr seitens der Stadt für den Ankauf von Grünflächen ausgerufen hat. Passiert ist tatsächlich weniger, aber nunmehr finden wir für Grünflächen angekündigte Mittel mit einem neuen Mascherl versehen und verdoppelt im Klimafonds. Was ist aber mit jenen Kosten, die entstehen, wenn Projekte unzureichend geplant sind und großer Nachbedeckungsbedarf entsteht? Wie der Stadtrechnungshof am Beispiel Augartenbucht kritisiert hat. Woher dann das Geld für den Klimaschutz nehmen? So wird das nichts mit der Klima-Innovationsstadt, Herr Bürgermeister (*Allgem. Appl.*). Wir Grüne nehmen Klimaschutz schon seit vielen Jahren ernst und wir fordern auch Sie in der Koalition auf, das endlich zu tun. Es ist höchste Zeit zu handeln. Die Weltgemeinschaft hat sich 2015 in Paris verpflichtet, die Erhitzung unseres Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter zwei Grad zu halten und nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Doch passiert ist seither wenig. Der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Klimaschutz braucht Mut statt Mutlosigkeit, Klimaschutz braucht entschlossenes Handeln statt Zögerlichkeit, Klimaschutz braucht die konsequente Maßnahme statt bloßer Ankündigung und Klimaschutz braucht die Grazerinnen und Grazer. Klar ist: Die politischen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald- und Bodenschutz reichen bei Weitem nicht aus, es bedarf eines verstärkten gemeinsamen Einsatzes aller Verantwortlichen. Deshalb müssen wir die bisherigen Bemühungen zum Klimaschutz intensivieren und wichtiger Teil eines engagierten

Klimaschutzes ist dabei jedenfalls die Energie- und Verkehrswende und eine Ökologisierung des Steuersystems.

Aber wo sind die Projekte zur Verkehrsberuhigung? Beispiel Griesplatz: In diesem Budget befindet sich kein neuer und aufgewerteter Griesplatz, der verkehrsberuhigt wäre. Dieses Budget gibt dem Griesviertel keine Chance, jenes Potenzial zu entwickeln, das es hätte. Stattdessen enthält das Budget 2,7 Millionen Euro für das UVP-Verfahren zur Josef-Huber-Gasse. Ein Projekt, dass die Verkehrssituation im ohnehin bereits schwer belasteten Gries weiterhin verschlimmern wird (*Allgem. Appl.*).

Wo sind die großen Grünraum-Projekte in den dicht verbauten Bezirken? Gerade sind wir dabei, heute in der Gemeinderatssitzung einen neu errichteten Park in Jakomini wieder zu verlieren. Unsere Umweltstadträtin Judith Schwentner hat ein Konzept für „Grüne Meilen“ präsentiert, das bereits durch Beschlüsse von sieben Bezirksräten unterstützt wird. Ziel der Grünen Meilen ist es, Platz für die Menschen zu schaffen. Orte, an denen man sich in der Stadt aufhalten und wohlfühlen kann. Es geht auch um den Klimaschutz, um Beschattung und Kühlung, um den Vorrang für RadfahrerInnen und FußgängerInnen und um die Reduktion von Feinstaub. Wann wird unser Bürgermeister diese Idee aufgreifen? Wann wird er ihre Umsetzung mit seinen Ressorts unterstützen? Denn, wenn es den politischen Willen für mehr Grünraum bei Schwarz-Blau wirklich gibt, dann müsste er sich auch im Budget abbilden.

Ganz besonders braucht es die Einbindung der Bevölkerung und die Unterstützung der vielen ambitionierten Ideen der Grazerinnen und Grazer, besonders der jungen Menschen. Aber wo sind die Klimaschutz-Projekte für die BürgerInnen? Wo sind Einreich-Richtlinien? Wo sind die Fördermittel für Projekte von NGOs aus dem Klimaschutzfonds? Denn auch gerade dieses Thema fällt ursächlich in die Kategorie „Wie wir leben wollen“. Auch bei den Investitionen der Holding Graz wissen wir nicht, welche Projekte umgesetzt werden. Das bleibt auch das Geheimnis der ÖVP/FPÖ-Koalition, da die Wirtschaftspläne der Beteiligungen ja unter Verschluss gehalten werden. Dies haben wir immer kritisiert und wir werden auch diesmal wieder einen Abänderungsantrag dazu einbringen.

Was wir allerdings wissen ist, dass 2020 37,6 Millionen und bis 2024 fast 40 Millionen Euro jährlich von der Holding an die Stadt Graz fließen. Diese sehr hohen laufenden Einnahmen resultieren aus dem Kanalbereich und sie werden im Kanalbereich, und ich rede hier nicht vom Zentralen Speicherkanal, nicht ausgabenwirksam. Beim bestehenden Netz, bei Rohrleitungen, sowohl Kanal, was auch Wasser betrifft, werden nur im Anlassfall bei Bauvorhaben Sanierungen vorgenommen. Strategische Sanierungen aus Gründen der Siedlungswasserwirtschaft werden einfach nicht angegangen. Das hat auch der Bundesrechnungshof bereits massiv kritisiert. Die Stadt Graz ist aber zum flächendeckenden Grundwasserschutz verpflichtet. Gemäß Wasserrechtsgesetz 1959 sind alle Gewässer so reinzuhalten, dass die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährdet wird sowie Grund- und Quellwasser als Trinkwasser verwendet werden kann. Gleichzeitig erreichen uns, und das weiß der Kollege Topf auch, immer wieder Hilferufe aus der Bevölkerung, die das Wasser aus ihren Brunnen nicht mehr trinken und auch nicht mehr zum Gießen ihrer Gärten verwenden können. Im Sinne des Gewässerschutzes ist eine planmäßige Sanierungsarbeit wichtig. Es ist ganz klar, dass die Lebensdauer des Grazer Netzes nicht mit der Sanierungsrate zusammenhängt und es ist bedenklich, von der Substanz zu leben. Denn es wird der Zeitpunkt kommen, wo die nicht getätigten Sanierungen von 50 Jahren innerhalb von 20 Jahren umgesetzt werden müssen. Graz wird nicht nur zur Baustelle, wir hinterlassen künftigen Generationen auch einen ordentlichen Rucksack an Belastungen. Zusätzlich gibt es unerschlossene Bereiche, z. Bsp. in Fölling und in Ries, wo es noch gar keinen Kanal gibt.

Wir sind aber aufgefordert, das in Ordnung zu bringen und zumindest eine Sanierungsrate von 1 % pro Jahr zu erreichen. Und was macht die Grazer ÖVP/FP-Koalition? Nichts. Sie pfeift auf die Hilferufe aus der Bevölkerung. Überschüsse werden zweckentfremdet im Haushalt verwendet. Darüber hinaus wurde zwar das Betriebsführungsentgelt an die Holding Graz um eine Million erhöht, um sich auch gleich 300.000 Euro von der Holding als Benützungsabgabe zurückzuholen. Dieser Rückstand an Sanierungen unseres Wasser- und Kanalnetzes ist nicht vertretbar und er

ist nicht nachhaltig. Daher werden wir mittels eines Abänderungsantrages zum Voranschlag einfordern, dass die Einnahmen aus den Kanalgebühren zur Gänze in die Sanierung des Leitungsnetzes investiert werden (*Appl.*). Ich weiß, dass wir das gestern im Finanzausschuss besprochen haben und ich habe auch gesagt, man möge diesen Antrag, wenn er aus verschiedenen technischen Gründen heute nicht angenommen wird, als Anregung nehmen, das in den Budgets der Folgejahre umzusetzen. Danke, das freut mich sehr (*lacht*).

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Pavlovec-Meixner:

Es ist eigentlich ein Erfolg einer Initiative von uns, wenn das so schnell geht, bitte (*Allgem. Appl.*). Stattdessen und erlauben Sie mir diese Anmerkung: Wir haben heute eine Vorlesung zum Thema „Budgetierung und Rechnungswesen“ erhalten und wenig ganz Spezielles zu den Projekten, die die Stadt angehen will, aber auch zu jenen, wo es leider Konfliktpunkte gibt und die noch nicht angegangen werden und ich muss ganz speziell etwas zum Thema Fernwärme sagen, Herr Stadtrat Riegler. Natürlich, wir haben ja jahrelang gekämpft für den Fernwärmeausbau, aber wir stehen auch vor einer großen Herausforderung. Wir alle wissen, dass das Kohlekraftwerk im Süden von Graz in Werndorf nächstes Jahr außer Betrieb gehen wird und wie werden wir dann unsere Fernwärme bekommen? Ob weiterhin aus einer hocheffizienten KDK-Anlage oder einfach aus den Gaskesseln, das ist wirklich ein Thema, dessen müssen wir uns annehmen und wir müssen auch schauen, dass das Projekt Big Solar, die solare Fernwärme, im nächsten Jahr wirklich in die Gänge kommt, weil sonst sieht das mit der Ökologisierung unserer Fernwärme leider nicht gut aus und erhoffe ich mir auch eine gute Zusammenarbeit mit der ÖVP (*Allgem. Appl.*). Weiters möchte ich anmerken, dass mich, ich fand das irgendwie eine Chuzpe, wenn Herr Klubobmann Piffli-Percevic über

Klimaneutralität referiert, aber noch schlimmer fand ich seine Ausführungen zum Thema Raumordnung-Baugesetz. Tatsächlich ist es ja so, dass das Land Steiermark die Petition der Stadt nicht berücksichtigt hat und das hat für mich eher wie eine Lobeshymne ...

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Ich habe gesagt, ich appelliere an den neuen Landtag, dass er das noch macht.*

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Nein, habe ich nicht gesagt, zuhören.*

Pavlovec-Meixner:

Auch zum Thema mangelnde Transparenz werden wir den Abänderungsantrag einbringen, einen Abänderungsantrag, den wir schon mittlerweile schon seit einigen Jahren einbringen. Im Budget 2020 liegen, fast immer, muss ich schon sagen, für die Beteiligungen die Gesamtsumme der geplanten Investitionen, der maximale Personalstand und das voraussichtliche Gesamtergebnis vor, jedoch keine Wirtschaftspläne. Trotzdem soll der Gemeinderat diesen Wirtschaftsplänen, die er nicht zur Genehmigung bekommt, die Stimmrechtsermächtigung, pauschal die Zustimmung erteilen. Wenn wir die Grundsätze von Transparenz und strategischer Steuerung ernst nehmen, wenn wir uns selbst als Gemeinderat noch ernst nehmen, dann können wir dieser Vorgangsweise nicht zustimmen (*Appl.*).

Wie wir leben wollen. In einer Stadt mit intakter Natur, mit gesunder Umwelt und Luft, in der gute Bedingungen für alle herrschen. In einer Stadt, in der neuer Grünraum

geschaffen statt bestehender vernichtet wird. In einer Stadt, die Klimaschutz ernst nimmt und die Chancen der Öko- und Regionalwirtschaft erkennt und bestmöglich unterstützt und in einer Stadt, die eine zukunftsweisende Verkehrspolitik macht, die ihren Namen verdient. Das alles ist uns im vorliegenden Budgetentwurf für das Jahr 2020 zu vage oder gar nicht abgebildet. Daher können wir dem vorliegenden Budget unter den nunmehrigen Bedingungen nicht zustimmen.

Bevor ich nun zu den beiden Abänderungsträgen komme, möchte ich mich besonders bei der Finanzdirektion, bei Herrn Dr. Kamper und seinem Team, bei Michael Kicker, beim Stadtrechnungshofdirektor Mag. Windhaber und seinem Team bedanken (*Allgem. Appl.*). Gerade die Budgeterstellung 2020 war durch die Systemumstellung von Kameralistik auf Doppik ein besonderer Kraftakt und wird das wahrscheinlich auch die nächsten Monate noch bleiben, dafür ein großes Dankeschön und alles Gute.

Ich komme nun zu den beiden Abänderungsanträgen, die ich angekündigt habe:

Erstens zum Abänderungstrag zum Voranschlag 2020 Wirtschaftspläne. Nachdem ich schon dargestellt habe, worum es geht, lese ich jetzt den Antragstext vor:

Ich beantrage seitens des Grünen Gemeinderatsklubs, dass der folgende Satz „Beschlüsse zum Voranschlag konsolidiert das Haus Graz Steuerung“ ersatzlos zu streichen ist. Die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlungen bzw. Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2020 der einzelnen Gesellschaften, die diesen Ebitda-Investitions- und Vollbeschäftigten-Ziffern entsprechen, gelten hiermit gegenüber den jeweiligen Eigentümerversammlungen als erteilt.

2. Abänderungsantrag:

Seitens der Grünen folgender Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass die aus den Einnahmen aus den Kanalgebühren resultierenden Gewinnentnahmen zur Gänze in die Sanierung und den dringend notwendigen Ausbau des Leitungsnetzes von Kanal und Wasser

investiert werden. Ich bitte um Annahme beider Anträge und möchte auch noch ergänzen, dass ich mich sehr freue, dass es eine Zusage gibt, was eine Erhöhung der Sanierungsrate des Kanalsystems betrifft. Danke vielmals (*Allgem. Appl.*).

GR Mag. Haßler (SPÖ) 12.14 – 12.34 Uhr

Sehr geehrter Herr Vize-Bürgermeister, verehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Als ich heute in der Früh meinen Fuß zum ersten Mal in diese Plastikschiene hineingeben musste, um ihn zu fixieren und ruhigzustellen, habe ich mir gedacht: "Mein schlechter Tag beginnt nicht nur mit einer schwerstlädierten Achillessehne, er beginnt auch mit einem ruinierten Budget, das den Schuldenstand der Stadt weiter erhöht."

Zwischenruf GR Piffli-Percevic: Das weiß ich nicht.

Haßler:

Anstatt Ansätze zu entwickeln, wie der Schuldenstand reduziert werden kann, werden weiterhin unnötige Seifenblasenprojekte finanziert. Es gibt sinnvolle Projekte auch, Peter, aber du weißt, es gibt genug Projekte, wo Geld hinausgeschmissen wird, das nicht notwendig wäre und alleine die Planung verschlingt bei diesem Projekt Millionen. Das ist mein Kurzfazit, das ich an den Beginn meiner Budgetrede stellen will. Dass ich heute hier mit Krücken meine Budgetrede halten muss, war zwar nicht geplant, aber ich glaube, das Bild, das sich daraus ergibt, passt leider nur allzu gut auf den Zustand der Grazer Finanzen. Diese Finanzen sind nämlich genauso marod wie mein Gesundheitszustand. Es gibt einen gängigen Spruch, der beinahe zu allen

Budgetdebatten Verwendung findet. Kollegin Pavlovec-Meixner hat ihn heute schon ausgesprochen, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Lassen Sie mich diesen Satz im Hinblick auf das vorliegende Budget der Stadt Graz um ein „leider“ ergänzen. Ich sage deshalb leider und werde darauf noch explizit eingehen, weil mir im vorliegenden Budget Transparenz, Zielorientiertheit und vor allem Nachhaltigkeit fehlen. Wie die derzeitige Politik, so leider auch das Budget. Was aber nicht an den Zahlen per se und nicht an der Finanzabteilung liegt: Es ist die teilweise arrogante Art der schwarz-blauen Politik in unserer Stadt, die nicht nur uns in der Opposition die Beurteilung und Begleitung konkreter Vorhaben und Pläne oft durch bewusste Nicht-/Spät- oder nur Teilinformation verunmöglicht oder erschwert. Was noch und teilweise schlimmer ist (*Appl.*), ist der Eindruck, den wir haben, dass auch auf den koalitionären Regierungsbänken und auch auf den koalitionären Gemeinderatsbänken nicht jede und jeder tatsächlich weiß, was da vor sich geht. Ich erinnere da nur an das Schauspiel rund um die Machbarkeitsstudie für die Plabutschgondel, der Niko Swatek kann es da näher ausführen, aus der an einem Tag fleißig zitiert wurde, deren Existenz aber dann am anderen Tag vom Finanzstadtrat vehement bestritten wurde. Zugedröhnt von häufig mit viel Geld erkauften Überschriften und selbst produzierten Schlagzeilen verliert sich nur allzu leicht der Blick auf die Realität. Da gibt es das Wunschbild der Olympiastadt, in der ein Genussbus das Welcome-Haus bedient, während man von den Ruhezonen am Schloßberg auf die Plabutschgondel blickt und TouristInnen, geschützt durch eine Vielzahl an „Sokos“, die in der Bienenstockgarage parken und sich auf die Murschiffahrt freuen. Die Bilder, die von Proponenten dieser Regierung entworfen werden, sind bunt, sie sind schillernd und haben etwas von Potemkinschen Dörfern an sich. Viel Fassade, aber leider wenig Substanz (*Allgem. Appl.*). Das ist ähnlich wie, und jetzt komme ich zum eigentlichen Thema, wie beim Budget: viel Hülle, viele schöne Bilder, viele Versprechen, wenig zukunftssträchtiger Inhalt. Aber ich habe es in meiner Einleitung bereits erwähnt: Ein Budget ist ja bekanntlich die in Zahlen gegossene Politik und da spiegelt sich das wider, was unterm Jahr in der Politik vorgelebt wird. Als meine Kinder noch klein waren, habe ich manchmal, wider besseres Wissen, eine Wundertüte

gekauft. Wider besseres Wissen deshalb, weil ja im Prinzip von vornherein klar war: Im Prinzip ist da nur Krims-Krams drinnen, im Prinzip war der Inhalt wertlos. Dieses sogenannte Budget, das uns heute vorliegt, ist auch eine solche Wundertüte, bloß dass es insofern nicht wertlos ist, als es sehr viel kostet. Stellt sich eigentlich in diesem Haus niemand die Frage, warum die Budgetdebatten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten von einer inhaltlich sehr detaillierten Abhandlung der Vorhaben zu einem derartigen Ruck-Zuck-Abnicke-Verfahren entwickelt wurden? Vor Jahren, in der Ära von Finanzstadtrat Edler und auch noch in der Zeit von Stadtrat Messner, gab es zweitägige Budgetsitzungen, in denen Kapitel für Kapitel sehr genau durchgegangen wurde, in denen Vorhaben diskutiert wurden. Das waren Debatten, über die die Medien auch umfangreich berichtet haben, weil sie eben hohen Informationswert hatten. Kleine Randbemerkung: Damals war auch der Schuldenstand der Stadt noch in überschaubarem Ausmaß. Und heute schaffen wir eine Budgetdebatte in einer normalen Gemeinderatssitzung und wir sehen es auch an der Regierungsbank, der Herr Bürgermeister ist die halbe Zeit nicht da und offensichtlich interessieren ihn die Reden der Opposition überhaupt nicht.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales und allgemeiner Applaus.

Haßler:

Mit der Übernahme des Finanzressorts hat sich das dann geändert schlagartig, da wurde eben die Budgetdebatte eher zu einer Pflichtübung und mittlerweile sehen wir es auch am Schuldenstand. Der Schuldenstand ist explodiert und wir haben Ende 2020 einen erwarteten Schuldenstand von über 1,4 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Und die Budgetdebatten werden gestrafft und gestrafft. Fast hat man den Eindruck, es wäre manchen der Verantwortungsträger peinlich, darüber reden zu müssen. Was kein

Wunder ist, wenn wir uns das Budget genauer ansehen. Wer nämlich glaubt, dass an einem angeblich weichenstellenden Tag, wie es der Bürgermeister heute auch schon ausgesprochen hat, tatsächlich budgetäre Weichen gestellt werden, ist auf dem Holzweg. Tatsächlich wird der von viel Chaos und noch mehr Ankündigung geprägte Weg in den finanziellen Abgrund von dieser Regierungskoalition mit eifertiger Zustimmung dieser koalitionsfähigen Rathausmehrheit an den 364 anderen Tagen im Jahr abgesteckt. Im Budget lässt man die Katze lieber nicht aus dem Sack, da versteckt man sich lieber hinter Zahlenkolonnen.

Schwarz-Blau lässt sich ungern in die Karten blicken: Sei es, weil man befürchtet, des permanenten Bluffens überführt zu werden, sei es, weil man mit gezinkten Karten spielt.

Was finden wir denn tatsächlich im Budget oder in dessen Umfeld? Da wäre einmal die Black Box, wie sie anfangs genannt wurde, und nachdem man draufgekommen ist, dass der Name „black“ zutreffend ist, hat man sie in Grazer Investitionsfonds umbenannt, die absolute Wundertüte, die den Anschein wundersamster Geldvermehrung erweckt. Und dieses Wunder täte diese Stadt auch wirklich brauchen, wenn wir uns in Summe die ganzen Vorhaben, Grundsatzbeschlüsse, Pläne usw. genauer anschauen: Ein paar Hundert Millionen dort, ein paar Dutzend da. Dieser Investitionsfonds ist bis 2024 mit insgesamt 300 Millionen Euro dotiert, davon sind 200 Millionen Euro bereits jetzt für diverse Projekte vergeben und für die kommenden fünf Jahre verbleiben somit nur mehr rund 100 Millionen Euro an Gestaltungsspielraum.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Haßler:

Und weil dieser Topf ja schon zu 2/3 geleert ist, hat die Rathauskoalition gleich noch ein paar „Zusatztöpfchen“ kreiert. Der eine nennt sich dem Trend der Zeit angepasst „Klimafonds“, wo niemand genau weiß, ob der nun mit 30 Millionen oder doch mit 60 Millionen Euro gefüllt ist, nachdem Landeshauptmann Schützenhöfer im Landtagswahlkampf zumindest verbal nachgelegt hat. Ein weiterer Topf ist jener für die Radverkehrsoffensive, der gar mit 100 Millionen Euro gefüllt werden soll, die Hälfte davon aus Landesmitteln. Eines haben all diese Töpfe gemeinsam: Sie sind Wundertüten, die momentan nur mit Ankündigungen gefüllt sind und leider nicht mit Euros. Jeder Euro, der dann letztendlich wirklich gebraucht wird, führt zu einer Erhöhung unseres Schuldenstandes. All das läuft ein wenig nach dem Motto ab, egal, was wir beschließen, heißen muss das gar nichts und sollte tatsächlich mal was davon wirklich realisiert werden, gibt es ohnedies das Instrument der mittelfristigen Finanzplanung. Euer Motto lautet ganz offensichtlich: Was du heute nicht bezahlen kannst, das verschiebe auf übermorgen, unsere Kinder werden es schon richten (*Appl.*). In den vergangenen Wochen hat es in Bezug auf den Schuldenstand des Landes einige kritische Pressemeldungen gegeben. Der ehemalige ÖVP-Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl, jetzt nicht unbedingt ein Parteifreund von mir, sprach sogar davon, dass das Budget des Landes ein Insolvenzfall ist, weil der Schuldenstand bald so hoch sein wird wie ein Jahresbudget des Landes. Diese „Schmerzgrenze“, das beim Land ein Insolvenzfall ist, haben wir bereits vor einigen Jahren ganz, ganz locker überwunden. Wir haben es gelöst, indem wir uns neue Ziele gegeben haben. Unser Schuldenstand wird bald so hoch sein wie ein eineinhalb Jahresbudgets. Ja, Sie haben richtig gehört, unser Schuldenstand ist vergleichsweise um die Hälfte größer als jener des Landes. Wenn das Land mit einem Schuldenstand von einem Jahresbudget ein Insolvenzfall sein soll, dann frage ich mich, was dann die Stadt mit einem vergleichsweise um 50% höheren Schuldenstand sein soll, wahrscheinlich ein hoffnungsloser Fall (*Appl.*). (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Wobei wir ja von Glück reden können, dass sich manches von dem, was diese Mehrheit beschließt, als zwar

schillernde, aber doch früher oder später platzende Seifenblase entpuppt. Nehmen wir nur den olympischen Albtraum, der uns, abgesehen von einer runden Million Euro, man wird ja schon nachsichtig, nichts gekostet hat, zum Glück. Mit wie vielen Hundert Millionen die Generation nach uns da in der Kreide gestanden wäre, lässt sich nicht einmal erahnen, jedenfalls hätte die Stadt als Veranstalterin die volle Haftung übernommen (*Appl.*). Und Faktum ist, in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben olympische Spiele zwar möglicherweise die Kasse des IOC gefüllt, aber die Veranstalter sind am Ende der Spiele noch jedes Mal mit tiefroten Zahlen ausgestiegen. Jetzt wissen wir doch, dass die Schweizer exzellente Rechner sind. Dort hat man vorausblickend gleich gesagt, lassen wir die Finger von diesem Abenteuer, in das Schwarz-Blau die Stadt Graz fast hineingejagt hätte. Dem österreichischen olympischen Komitee sei Dank, dass dieser Kelch an uns vorübergegangen ist. Nicht anders die Plabutschgondel, deren Kosten je nach Bedarf, aber ich schätze einmal rund 50 Millionen Euro am Ende des Tages betragen werden oder betragen würden. Bei wem wir uns da für die vorläufige Sistierung bedanken dürfen, weiß ich nicht. Möglicherweise war es der Blick auf die leeren Kassen. Wobei ich eines nicht verstehe, dass wir für diese Gondel dennoch weiter Geld ausgeben, ja gerade aktuell für eine Ausschreibung, die sogar die Architektenkammer ganz entschieden ablehnt. Noch einmal, und ich glaube, das muss man sich schon vor Augen führen, in der selbsternannten Architekturstadt Graz rät die Architektenkammer ihren Mitgliedern dringend davon ab, sich an der von der Stadt durchgeführten Ausschreibung für Planungen im Zusammenhang mit der Plabutschgondel zu beteiligen. Warum? Weil wesentliche Grundlagen fehlen, weil hier ohne ausreichende Basis und ohne brauchbare Parameter agiert wird. Und was sagt Schwarz-Blau dazu, eh egal, wir schreiben ohnedies international aus. Nochmals, das ist das Bild, das die Architekturstadt Graz abgibt, das ist aber auch das Bild, das die derzeitige Grazer Politik abgibt (*Allgem. Appl.*).

Die Menschen in dieser Stadt erwarten sich zu Recht einen sorgsamem Umgang mit den Steuern, den Gebühren und Abgaben, die sie zahlen und sie erwarten sich einen

sorgsamem Umgang mit dem öffentlichen Eigentum. Immerhin reden wir da vom Eigentum der Grazerinnen und Grazer, das wir als Politiker bestmöglich verwalten sollten.

Mit Verlaub: Diese Koalition muss sich leider auf ihre Fahnen heften, dass viele Vorgehensweisen, die sie zeigt, nicht unbedingt dazu beitragen, das Vertrauen in die Politik zu stärken. Die fehlende Transparenz in den Beteiligungen, und da speziell in der Holding, ist nur ein Beispiel dafür. Aktuell erleben wir das wieder in Sachen Klimaschutz und Klimabeirat.

Die Klimakrise, sehr geehrte Damen und Herren aus der schwarzblauen Koalition, ist ein Thema, das bewegt wie kein anderes. Und das kommt nicht von ungefähr. Wir sehen doch Tag für Tag Auswirkungen dessen, was der Raubbau an Ressourcen, was Unbedachtheit, was das Negieren nachhaltigen Denkens bewirkt.

Da brauchen wir gar nicht über das langsame Aussterben der Eisbären und das Schmelzen der Polkappen zu reden. Die meisten wissen zwar, dass dies traurige Realität ist, aber für manche Unbelehrbare ist halt alles, bei dem sie nicht persönlich zugegen sind, nicht existent.

Aber die immer extremer werdenden Wettersituationen, die sollten doch schon längst jeden und jede zu einem Umdenken bewegen. Oder dass wir uns stetig in Richtung mediterranes Klima entwickeln, was in der Tier- und Pflanzenwelt deutlich erkennbar ist. Und da gäbe es noch vieles mehr aufzuzählen, was Menschen, und da speziell die Jungen, bewegt und was ihnen Angst macht, weil ihnen bewusst ist, dass es nur diese eine Erde gibt und keinen Planeten B (*Appl.*).

Wie antwortet Schwarz-Blau auf diese Herausforderung? Mit einem Klimafonds, der sich mehr oder weniger als Etikettenschwindel herausstellt, weil damit primär ohnedies fällige Hausaufgaben erledigt werden. Und mit einem Klimabeirat, aus dem sich die unabhängigen Fachleute, Topexperten, international anerkannte Wissenschaftler, Fachleute in Sachen Klima schnellstmöglich verabschieden wollen, sofern sie es nicht ohnedies schon getan haben.

Zwischenruf GR Piffli-Percevic: Wieso Mehrzahl bitte?

Haßler:

Weil dem Klimabeirat, wie der schwarz-blauen Politik insgesamt, und somit auch diesem Budget, ganz Entscheidendes fehlt: die Ernsthaftigkeit, die Seriosität, die Zukunftsorientiertheit und vor allem der Gedanke der Nachhaltigkeit (*Appl.*). Man sieht es auch anhand der Budgetzahlen und der Budgetentwicklung, immer wieder werden bei Projekten oft millionenschwere Nachdotierungen fällig, weil man ein Tempo vorgegeben hat, das es den engagiertesten und qualifiziertesten Beamtinnen und Beamten verunmöglicht, da wirklich alle Wenn und Aber, alle Eventualitäten einzuberechnen, geschweige denn seriös auf Folgekosten einzugehen. So weit so schlecht. Aber ein No-Go, dass sich da zuletzt eingenistet hat, ist die Tendenz, für diese Lücken für mangelnde Berechnungen jetzt die Beamtinnen und Beamten verantwortlich machen zu wollen. Ihr auf den Regierungsbänken und den Gemeinderatsreihen heißt allesamt nicht Hase und ihr solltet wissen, was da vor sich geht. Ihr werdet am Ende zu euren Handlungen und Beschlüssen stehen müssen, so wie ihr zu diesem Budgetentwurf stehen müsst, für den ihr am Schluss die Verantwortung zu tragen habt (*Allgem. Appl.*). Ich darf euch noch einmal den Schuldenpfad vor Augen führen, denn Konsolidierungspfad kann man es nicht gerade nennen, wenn sich die roten Zahlen immer mehr auswachsen. Nur zur Erinnerung: Ende kommenden Jahres wird ein Schuldenstand von 1.448 Millionen Euro erwartet. Budget 1,1 Milliarden dem gegenübergestellt. Und bis 2024 wird in der mittelfristigen Finanzplanung sogar ein Schuldenstand von 1.645 Millionen Euro prognostiziert. Also ein weiterer Anstieg der Schulden um mindestens 200 Millionen Euro. Angesichts dieser Zahlen von stabilen Finanzen zu sprechen, ist aus meiner Sicht eine pure Realitätsverweigerung. Wenn der Finanzstadtrat diesem Budgetentwurf den Untertitel „stabile Finanzen“ mit auf den Weg gegeben hat, wie ich es den Medien entnehmen konnte, muss ich eben hier von dieser Stelle aus entschieden widersprechen. Der

passende Untertitel für dieses Budget wäre für mich überspitzt ausgedrückt eher „fahrlässige Krida“ (*Appl.*). Und wenn der Herr Finanzstadtrat heute den Herrn Pacioli zitiert hat, der die Doppik kreiert hat, sollte er vielleicht das Buch nicht herschenken, sondern über Weihnachten noch einmal intensiv sich damit beschäftigen. Er hat ja den Weg irgendwie sogar beschrieben heute, indem er gesagt hat, raus aus dem Lotterleben, weg mit den Dauern. Also weg mit dem unnötigen Ballast von Prestigeprojekten, konzentrieren wir uns auf das, was in dieser Stadt notwendig ist. Da gibt es genug zu tun (*Allgem. Appl.*). Für die Sozialdemokratie kann ich daher nur mit aller Deutlichkeit festhalten: Wir stimmen diesem Budget sicher nicht zu, diesem Budgetentwurf fehlt es an Ernsthaftigkeit, an Weitblick, an Seriosität, an Nachhaltigkeit und vor allem an Zukunftsorientiertheit. Wir würden uns genau so wenig bei einer Bergtour einem Bergführer anvertrauen, der in Sandalen daherkommt, dem jegliche Ausrüstung und vor allem das notwendige Rüstzeug fehlt, der weder Wegstrecke noch Ziel kennt und einfach nur losmarschieren will. Da hätten wir uns gerade von unserem Finanzstadtrat, der ja bergfahren ist, ein bisschen mehr erwartet. Wobei ich abschließend umso mehr unsere größte Hochachtung gegenüber der Finanzdirektion, insbesondere in Richtung Finanzdirektor Karl Kamper und Budgetreferent Michael Kicker zum Ausdruck bringen möchte. Sie leisten mit ihrem Team unter schwierigsten Bedingungen, getrieben von einer schwarz-blauen Koalition, der jeglicher Sparwille fehlt, eine hervorragende Arbeit, ebenso wie der Stadtrechnungshof mit Direktor Windhaber und seinem Team. Und insgesamt gebührt allen MitarbeiterInnen im Haus Graz ein ganz großer Dank, mit Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel an der Spitze, den Abteilungsvorständen, den Vorständen und GeschäftsführerInnen in den Unternehmen und auch all jenen, die bei der Umstellung an der Doppik so vorbildlich mitgewirkt haben (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Zum Ende kommen, bitte.

Haßler:

Nachdem der Kollege Piffel acht Minuten überziehen durfte, werde ich wohl zwei, drei Minuten überziehen dürfen, Herr Vorsitzender.

Ich habe heute schon mehrmals erwähnt, dass wir uns dessen bewusst sind, unter welchem Druck Sie alle, die MitarbeiterInnen im Haus Graz, stehen, dass die Erwartung, Sie müssten Wunder bewirken, nicht mehr die Ausnahme zu sein scheint, sondern zum Alltag zu werden droht. Und Teil dieses Alltages ist ja leider auch, dass sich manche politischen VerantwortungsträgerInnen zwar ganz gerne mit den Erfolgen schmücken, alles Negative aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuschieben wollen. In Sachen Unternehmenskultur ist sicher noch deutlicher Verbesserungsbedarf vorhanden.

Danke jedenfalls dafür, dass Sie alle, die Sie in unserer Stadt in mehr als 200 Berufen 365 Tage im Jahr für das Haus Graz arbeiten, rund um die Uhr tolle Leistungen erbringen. Sie sind es, die diese Stadt lebenswert machen, die Graz trotz widrigster Rahmenbedingungen zu einem halbwegs attraktiven Wohn- und auch Wirtschaftsstandort machen. Sie werden auch dafür Sorge tragen, dass 2020 für Graz, diesem Budget zum Trotz, zu einem guten Jahr werden kann. Danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.33 Uhr).

GR Swatek (Neos) 12.34 - 12.50 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Es freut mich, dass Sie wieder zu uns gefunden haben. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, der gerade auf der Flucht ist, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Zum dritten Mal darf ich in diesem Haus an das

Pult herantreten, um hier über einen schwarz-blauen Jahresvoranschlag zu debattieren. Da stellt auch dieses Budget wieder die Rahmenbedingungen für das politische Handeln im kommenden Jahr dar. In Zahlen gegossene Politik, wie man so schön sagt und auch heute auch schon gehört haben. Und irgendwie fühle ich mich persönlich ein bisschen an einen meiner Lieblingsfilme erinnert und „Täglich grüßt das Murmeltier“ und für diejenigen, die den Film nicht kennen, Phil Connors spielt dort brillant, dargestellt von Bill Murray, einen Mann, der tagtäglich denselben Tag wieder erlebt, nämlich den Murmeltiertag, und er erlebt ihn wieder und wieder und wieder. Und Herr Bürgermeister, liebe Koalitionsfraktionen, die Grazerinnen und Grazer und mir, denen geht es bei Ihrem Budget ein wenig gleich. Wir machen Schulden, schon wieder. Wir setzen dem Grazer Schuldenberg einen noch höheren Gipfel auf. Schon wieder. Wir erhöhen den Schuldenrucksack der nächsten Generation, schon wieder. Sie wurden 2003 das erste Mal als Bürgermeister angelobt und seitdem ist in Ihrem Budget ein eindeutiger Kurs erkennbar, die Neuverschuldung. Egal, welcher Partner für Sie in einer Koalition in Frage kommt, die Grazerinnen und Grazer können auf eines immer vertrauen, es wird neue Schulden geben. Die schwarz-blaue Koalition verschuldet Graz bis in das Jahr 2024 um weitere 200 Millionen Euro, um schließlich auf 1,65 Milliarden Euro Schulden zu landen. Fast 5.700 Euro Schulden wären das pro Bürgerinnen und pro Bürger unserer Stadt. Und wenn wir ganz ehrlich sind, dann muss man sagen, das stört auch Sie, liebe Koalition.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Ich bin wieder da.*

Swatek:

Ja, das freut mich (*lacht*). Das stört auch Sie, liebe Koalitionsmitglieder. Der beste Beweis war für mich heute die Vorstellung des Budgets von Ihnen, Herr Finanzstadtrat. Statt inhaltlich in die Tiefe zu gehen und uns die Schwerpunkte zu erläutern und die

Maßnahmen, die Sie und die Koalitionen in den nächsten Jahren hier bei den Problemfeldern und den wichtigsten Themen entgegenbringen wollen, haben Sie inhaltlich sehr wenig von sich gegeben und wenn Sie inhaltlich etwas erklärt haben, dann war es eigentlich nur eigentlich eine Entschuldigung dafür, dass wir uns weiter verschulden oder eigentlich eine Neuverschuldung kleinzureden. Und Sie und Herr Bürgermeister, Sie auch, haben danach sehr oft das Wort „Stabilität“ verwendet und dabei scheinen Sie, meiner Meinung nach drei Dinge ein wenig auszublenden. Das erste mit dem Budget wird der Grazer Schuldenstand seit 2010 bis heute um fast 40 % gestiegen sein. Das kann man mit dem Wachstum unserer Stadt ehrlich gesagt nicht schönreden und vor allem dann nicht, wenn man sich unsere Stadt anschaut und an vielen Infrastrukturprojekten sieht, dass noch einiges gemacht gehört. Schau wir uns z. Bsp. den öffentlichen Verkehr an, wo wir lange auf der Bremse gestanden sind. Aber schauen wir uns auch den Bildungsbereich an. Viele offene Themen, wo noch viele Investitionen nötig wären, die haben jetzt schon einen hohen Schuldenstand. Beim zweiten, wenn es um Stabilität geht, ist dass man beachten muss, dass unsere Stadt Graz auf dieser Erde und vor allem auch in diesem Bundesland nicht allein ist. Und Ende 2020, wie bereits erwähnt, wird jede Grazerin und jeder Grazer über 5.000 Euro Schulden mit sich tragen und dazu kommen nochmals 4.000 Euro Schulden vom Land Steiermark und dazu kommen noch einmal fast 23.000 Euro Schulden vom Bund. Das heißt, jede Grazerin und jeder Grazer hat mit Ende nächsten Jahres einen Schuldenrucksack von 31.000 Euro Schulden, den er mit sich herumschleppt und das darf man einfach nicht vergessen. Schulden, die besonders die nächste Generation betreffen werden, Schulden, mit denen wir den jungen Leuten einen Schuldenrucksack umhängen, den sie ihr ganzes Leben mit sich herumtragen müssen und diese Art der Politik auf Kosten der Jungen, wenn innerhalb von zehn Jahren die Schulden fast um 40 % steigen, die halte ich einfach für unverantwortlich. Das dritte, wenn wir von Stabilität reden, ist, dass wir auch ein wenig über den Stabilitätspakt reden sollten. Stichwort: Maastricht-Ergebnis. Und wenn Sie, Herr Finanzstadtrat, heute von Stabilität sprechen, dann blenden Sie wohl sehr absichtlich vermutlich den heutigen

Maastricht-Schuldenstand unserer Stadt aus, nämlich 48,2 Millionen Euro Schulden, wenn man Sie daran erinnern darf. Und das, obwohl wir uns als Gemeinde dazu verpflichtet haben, landesweit ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, und als Landeshauptstadt und vor allem auch als größte Stadt in unserem Bundesland trifft uns hier eine besondere Verantwortung, ordentlich zu haushalten und für Stabilität in der Steiermark zu sorgen. Eine Verantwortung, der wir offen und ehrlich derzeit so nicht nachkommen und wenn wir hier 48,2 Millionen Euro Schulden nach Maastricht haben und damit den Stabilitätspakt in dieser Form nicht einhalten, sollten wir, meiner Meinung nach, nicht von Stabilität sprechen. In den letzten Jahren wäre es daher eigentlich das Gebot der Stunde gewesen, langfristig unser Budget zu sanieren. In der Phase der Hochkonjunktur hätte man Schulden zurückzuzahlen sollen, denn derzeit geben wir jedes Jahr, und so auch in diesem Budget, über 30 Millionen Euro aus, also fast schon eine ganze Plabutschgondel, nur um uns Zinsen und Zinsensicherungen leisten zu können. 30 Millionen Euro also, nur um sich seine eigenen Schulden leisten zu können. 30 Millionen Euro Schulden, die in meinen Augen in der Form keine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Stadt sind. Und wir alle hier im Raum kennen die Probleme, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Eine abschwächende Konjunktur, die uns treffen wird, aber auch eine Autoindustrie, die in Graz einen wichtigen Faktor behält und die derzeit sich stark im Umbruch befindet und dass man nicht in Saus und Braus leben kann, wenn einem bewusst ist, dass finanziell anspruchsvolle Zeiten auf einen zukommen, sollte eigentlich jedem bewusst sein. Doch leider handeln Politiker mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und es ist halt nicht ihr eigenes Geld, denn nach wie vor gibt es leider keinerlei persönliche Haftung für Politiker. Meiner Meinung nach einer der schwersten Fehler, die wir in dem System haben, denn wenn ich etwas entscheide, sollte ich, meiner Meinung nach, zum Schluss dafür auch die Verantwortung tragen können und auch so kann man auch sicherstellen, dass Handeln, das ich trage, auch wirklich langfristig sinnvoll ist. Und daher enttäuscht es mich eigentlich ein bisschen, dass den Regierungsparteien der Mut und auch ein bisschen die Innovation fehlt, echtere Formen anzugehen und sich zu

überlegen, wie man das Budget unserer Stadt langfristig auf Vordermann bringen kann. Stattdessen setzen wir in unserer stark verschuldeten Stadt wieder einmal auf neue Schulden und höhere Gebühren, obwohl wir Jahr für Jahr Rekordeinnahmen durch Steuern erzielen und mit denen nicht sinnvoll haushalten. Wichtige Reformen, wie z. Bsp. bei der Parteienförderung auch endlich auf ein europaweites Niveau zu kommen und nicht in Saus und Braus zu leben, werden ausgelassen. Eine Förderung, die mich auch immer ein bisschen auf das Transparenzthema bringt, denn dass die Wirtschaftspläne der Beteiligungen der Stadt besonders auch, wie es heute auch schon erwähnt worden ist, von der Holding von Jahr zu Jahr intransparenter werden, obwohl sie für unsere Stadt nicht nur in Budgetsicht so wichtig sind, ist eigentlich erschreckend und ein Trend, der in der Koalition auch gang und gäbe ist. Das betrifft nicht nur die Wirtschaftspläne, sondern es betrifft auch, wenn wir uns zurückerinnern, die Vergabe von Posten, betrifft aber auch Großprojekte, die geplant sind, z. Bsp. Plabutschgondel, wo man sich nach wie vor noch immer wehrt, den Bürgerinnen und Bürgern die Fakten in Form der Machbarkeitsstudie auf den Tisch zu legen, damit sich jeder selbst ein Bild darüber machen kann, denn wie hoffentlich mittlerweile auch der Letzte hier in dem Raum mittlerweile verstanden hat, ist die Plabutschgondel als Projekt ja nicht eingestampft worden, auch wenn man das kurzzeitig so gefeiert hat. Bei der Klubförderung ist auch noch sehr interessant, dass sie nicht nur intransparent ist und dass man sich bis jetzt auch immer dagegen wehrt, hier ein bisschen Transparenz reinzubringen, dass man den Bürgerinnen und Bürgern zeigt, wofür man das Steuergeld verwendet, dass man ihnen auch zeigt, ob die Klubs vielleicht noch weitere Einnahmen haben, wie Spenden, und einen Weg zu gehen, wie man ihn z. Bsp. in Salzburg gegangen ist, indem die Fraktions- und Klubförderungen auch einen jährlichen Bericht veröffentlichen müssen, in dem auch drinnen steht, wie Einnahmen und Ausgaben zustande gekommen sind, wie sie verwendet worden sind. Weiters erschreckend finde ich auch, dass vor allem bei der Klubförderung trotz mehrerer Fragen und Anfragen meinerseits noch niemand hier bereit war, mir zu erklären, nach welchen Schlüsseln die Klubförderung überhaupt vergeben wird. Auch immer

interessant. Abseits des Zahlenspiels und der Transparenz ist das Budget auch ein Spiegelbild der Wirkung, die man damit erreichen möchte und das betrifft alle Bereiche in unserer Stadt, vom Sozialen über den öffentlichen Verkehr bis hin zu zukünftigen Herausforderungen, die man auf sich zukommen sieht. Und bei einer schwächelnden Konjunktur, aber auch bei einem immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und um Know-how und mit den Problemen, die wir derzeit in unserem Bundesland und in unserer Stadt auch kennen, nämlich dass fast jede vierte Schülerin und jeder Schüler nicht mehr sinnerfassend lesen kann oder gar schreiben kann, ist es natürlich sehr zu begrüßen, dass wir in unserer Stadt wieder ein wenig mehr in Bildung investieren wollen. Doch wir müssen uns auch eingestehen, dass es mit den Problemen, die auf uns zukommen und die derzeit in unserem Bildungssystem herrschen, nicht genug ist, gerade so viel zu investieren, dass wir einer wachsenden Stadt Herr werden. Denn im Bildungsbereich unserer Stadt da ist nach wie vor vieles im Argen. Und nach wie vor hängt die Bildung in unserer Stadt von der Postleitzahl ab (*Appl.*). Die Mur ist in Graz nach wie vor eine soziale Trennlinie. Wer es sich leisten kann und die Zeit hat, fährt sein Kind in die bessere Schule, fährt sein Kind in den besseren Kindergarten.

Zwischenruf GR Piffl-Percevic: Das stimmt überhaupt nicht.

Swatek:

Ja sicher stimmt das. Da kann ja nicht sein, dass du das ablehnst. Eine gute Freundin von mir wohnt in Lend und die fährt jeden Tag mit ihrem Auto nach Mariatrost, um ihr Kind dort in eine bessere Schule zu bringen. Und das auszublenden, ist doch Verweigerung.

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Swatek:

Was müssen wir tun? Das hängt natürlich zum einen mit der Schule zusammen, das hängt aber auch mit dem Kindergarten zusammen. Und natürlich müssen wir als Stadt schauen, dass dort, wo Probleme im Bildungssystem auftreten, wir denen auch unterstützend unter die Arme greifen und ganz besonders im Bereich des Kindergartens, aber auch der Kinderkrippe sind wir als Stadt in der Verantwortung. Und wir wissen, dass jeder Euro, den wir frühzeitig investieren in Bildung, ein sinnvoll investierter Euro ist. Wir wissen, dass nichts Kinder so fördert wie eine frühkindliche Bildung und da sind wir in Graz einfach nicht top (*Appl*).

*Zwischenruf GR **Stöckler**: Stimmt nicht, das ist Blödsinn.*

Swatek:

Und ich glaube, dass wir da als Stadt auch den Schwerpunkt stärker hinverlegen sollten, das heißt also in schwarz-blauem PR-Wording gesprochen: Nach Sport- und Kulturjahr brauchen wir wohl auch ein Bildungsjahr oder vielleicht noch besser ein Bildungsjahrzehnt. Denn den vielen Herausforderungen, die im Bildungssystem auf uns warten, werden wir nicht Herr werden. Und dafür brauchen wir auch den Mut und den Willen, im Bildungsbereich endlich auch über europäische Mindestanforderungen hinauszugehen, so in die Zukunft unserer Stadt und so in die Zukunft unserer Kinder zu investieren und derzeit besteht unsere Bildungspolitik darin, dass wir einfach genau so viel investieren, dass wir noch knapp der wachsenden Stadt Herr werden. Und ich glaube, da muss es endlich auch eine Trendwende geben, dass wir bei Kindergartenplätzen abseits des verpflichtenden Jahres, und das ist was, mit dem jeder von euch, der seine E-Mails zwischendurch als Gemeinderat liest, oft betroffen ist, dass Bürgerinnen und Bürger für ihre Kinder, die nicht in dem verpflichtenden Kindergartenjahr sind, sehr oft Probleme haben, einen Platz zu finden, aber auch,

wenn es um die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen geht bei Kinderkrippen und Co endlich auch stärker als Stadt investieren müssen, um langfristig als Bildung unseren Wirtschaftsstandort unsere Sozialpolitik und unsere Arbeitsmarktpolitik auch auf Vordermann zu bringen. Und da Bildung für mich die beste Sozialpolitik ist und die beste Arbeitsmarktpolitik ist und über nötige Investitionen abseits einer wachsenden Stadt nur wenig weitergeht, wir die Mur nach wie vor als soziale Trennlinie haben und keinen Plan haben, wie wir dem endlich Herr werden wollen, wir der nächsten Generation und der Jugend unserer Stadt einen Schuldenrucksack umhängen, den sie noch die nächsten Jahrzehnte mit sich mitschleppen werden, kann ich leider dem Budget in dieser Form nicht zustimmen und ich hoffe, dass wir beim nächsten Budget vielleicht zusammenfinden. An der Stelle noch einen großen Dank an alle, die mitgearbeitet haben, das Budget in dieser Form zu erstellen, die sich hier eingearbeitet haben, um den Gesetzestext auch zu verstehen und auch anzuwenden. Ich freue mich schon auf das nächste Jahr, wenn wir auch die Vergleichszahlen haben und uns als Gemeinderat auch wieder die Arbeit ein wenig erleichtert. Vielen Dank für die Erstellung, vielen Dank auch für die Schulung, die wir bekommen haben, die hat uns allen geholfen und noch eine wunderschöne Budgetdebatte (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Und täglich grüßt das Murmeltier. Gilt ja auch für manche Rede. Aber, was das Wichtige an diesem Film ist, Herr Gemeinderat, und täglich grüßt das Murmeltier löst ja zum Schluss wunderbar auf, wie einem das Leben dann anders vorkommen kann, indem man sich selbst ändert. Das ist nämlich das Geheimnis dieses Films (*lacht*) (*Allgem. Appl.*). Im Übrigen sei angemerkt, 2003, als ich Bürgermeister wurde, betrug die Verschuldung pro Kopf 4.545 Euro und wir liegen bei 4.566 Euro, also 19 Euro mehr, mit den vielen Bildungs- und Verkehrsinitiativen zeigt das rechnerisch auch schon einiges auf. Jetzt darf ich, weil wir die Generaldebatte erledigt haben, eine Pause ankündigen. Wir werden wieder fortsetzen in eineinhalb Stunden, das ist dann

14.25 Uhr bitte im Gemeinderat. Dann kommen wir zur Spezialdebatte, der Gemeinderat ist unterbrochen.

Unterbrechung der Budgetsitzung von 12.50 bis 14.25 Uhr.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (14.25 Uhr).

Spezialdebatten

GRⁱⁿ Sabine Wagner (ÖVP) 14.25 - 14-37 Uhr

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste auf der Galerie. Und zwar heute auf dem Weg hierher zu dieser Gemeinderatssitzung habe ich einen kleinen Umweg genommen und trotz dieser klirrenden Kälte bin ich durch den Volksgarten gewandert und dabei sind bei mir Erinnerungen aufgekommen, und zwar vor einigen Monaten war es noch nicht möglich, durch diesen Park unbeschwert durchzugehen, ohne dass man angesprochen wurde von Drogendealern und entsprechendem Klientel. Das ist jetzt anders, ich würde sagen, da ist etwas gelungen und zwar, dass man in der Stadt Initiativen setzen kann und nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl dadurch erhöht worden ist, sondern tatsächlich das Sicherheitsgefühl erhöht wurde. Ich lebe schon mehr als ein halbes Jahrhundert in dieser schönen Stadt Graz, das heißt, ich bin hier geboren und aufgewachsen und habe somit die Entwicklung von Graz in sehr vielen Bereichen miterlebt. Aufgrund der Berufswahl zur Polizistin vor nun mehr als dreißig Jahren, ja es geht sich rechnerisch aus, muss ich dazusagen (*lacht*), habe ich einen zusätzlichen Blickwinkel auf die Stadtentwicklung bekommen. In meiner beruflichen Laufbahn